Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28. Freitag, den 2. Februar 1917. 24. Jahrg.

Wirtschaftliche Tatsachen gegen die Annektionsbestrebungen.

Von Otto Hue.

Ein bekannter alldeutsch-imperialistischer Wirtschaftspolitiker hat unlängst in einer großen nationalliberalen Zeitung erklärt, auf das Wort „Annexion" könne man verzichten, wenn man statt dessen von „Eingemeindung" spreche. Und dann versichert uns der Herr: „Das Erzgebiet von Briey und das Revier der bituminösen Kohle sind für Deutschland Lebensbedürfnisse." Dieses Thema wird in gleichem Sinne in jüngster Zeit sehr lebhaft in Broschüren, Zeitungen und Versammlungen von den Bürgerlichen erörtert. Es ist darum notwendig, die Angelegenheit auch von einem anderen Standpunkte aus zu betrachten, zumal da wir leicht die Erfahrung machen können, daß die große Mehrzahl der Leute, die, beeinflußt von der durch die „sechs Wirtschaftsverbände" im Frühjahr 1915 offensiv eingeleiteten „Eingemeindungsagitation", das „Lebensbedürfnis Deutschlands" an westeuropäischen Erz- und Kohlenrevieren bejahen, sich über die einschlägigen Industrie- und Handelsfragen kaum oberflächlich auskennt. Diese Leute fallen einem annexionistischen Schlagwort zum Opfer, ohne sich der Tragweite dessen, was sie gutgläubig befürworten, bewußt zu sein.

Ein Blick auf unsere Produktions- und Handelsstatistik zeigt uns nun, daß, gemeinwirtschaftlich gesprochen, ein „Lebensbedürfnis Deutschlands" für jene „Eingemeindungen" nicht vorliegt. Wir litten vor dem Kriege weder unter einem Mangel an Kohle und Koks noch unter einem Mangel an Erzen, Eisen und Stahl. Vielmehr wurde bei uns ein solcher Kohlenüberfluß gefördert, daß von 1900 bis einschließlich 1913 unsere Steinkohlenausfuhr von 15,24 auf 34,59 Millionen Tonnen stieg; unsere Koksausfuhr nahm gleichzeitig von 2,22 auf 6,43 Millionen Tonnen zu. Dieser gewaltigen Ausfuhrsteigerung stand 1913 eine Kohleneinfuhr von 10,5 (davon 9,2 allein aus England) und eine Kokseinfuhr von nur 0,6 Millionen Tonnen gegenüber. Wir hatten mithin einen riesigen Ausfuhrüberschuß; und gerade die Wirtschaftsgebiete, deren Kohlenbezirke angeblich ein „Lebensbedürfnis Deutschlands" sein sollen, Frankreich und Belgien, waren nach Oesterreich-Ungarn unsere größten Kohlen- und Koksabnehmer geworden! Unsere Kohlen- und Kokseinfuhr nach Belgien und Frankreich war zeitweilig so massenhaft, geschah noch dazu zu so verhältnismäßig geringen Preisen (unter den deutschen Inlandspreisen!), daß die Vertreter der belgischen und französischen Bergarbeiter im Internationalen Bergarbeiterkomitee uns wiederholt dringend ersuchten, doch dieser billigen Massenausfuhr entgegenzutreten, weil sie in Belgien und Frankreich Veranlassung zur Erniedrigung der Bergarbeiterlöhne gebe! Obgleich unsere Kohlen- und Koksausfuhr so forciert wurde, genügte das doch nicht, um die Leistungsfähigkeit unserer Bergwerke voll ausnützen zu können. Die Zechensyndikate ordneten noch zeitweilig eine zehn- bis zwanzigprozentige Einschränkung der Kohlenförderung an und von der Syndikatsbeteiligung in rheinisch-westfälischen Koks konnte das Syndikat kurz vor dem Kriege nur fünfzig Prozent abnehmen! Wer diese Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt, kann vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkte aus unmöglich zugeben, daß die „Eingemeindung" nordfranzösisch-belgischer Kohlenbecken ein „Lebensbedürfnis Deutschlands" sei.

Unser Verbrauch an Eisenerzen konnte allerdings vor dem Kriege nicht mehr völlig im Inland gefördert werden. Von den etwa 42 Millionen Tonnen Eisenerzen, die 1913 von der deutschen Hüttenindustrie verbraucht worden sind, kamen etwa 11 Millionen Tonnen aus dem Ausland. Unsere Gesamteinfuhr betrug rund 14 Millionen Tonnen, wovon aber nur 3,8 aus Frankreich (hauptsächlich ostfranzösische Minette), dagegen rund 8½ Millionen Tonnen aus Skandinavien und Spanien kamen. Andererseits wurden 2,6 Millionen Tonnen im deutschen Zollinland gewonnene Eisenerze (wohl fast nur lothringisch-luxemburgische Minette) nach Belgien und Frankreich ausgeführt! Gewiß fehlte es uns an Inlanderzen, aber nicht an den in Lothringen, Luxemburg und Longwy-Briey gewonnenen phosphorhaltigen Thomaserzen, sondern, wie sich heute besonders herausstellt, es fehlt uns an den viel hochwertigeren Eisenerzen, die in Skandinavien, Spanien und Südrußland gefördert werden! Es mangelt uns an manganhaltigen Erzen für Qualitätsstahlbereitung, weil uns unsere Bezugsländer Rußland, Indien und Spanien jetzt verschlossen sind. Es fehlt uns auch an kupfer- und zinnhaltigen Erzen, aber weder die Gewinnungsgebiete dieser Mineralien (Spanien, Südamerika usw.) noch die skandinavischen, spanischen und russischen Erzgebiete können wir durch „Eingemeindungen" uns einverleiben. Die oberschlesische Hochofenindustrie hat so gut wie gar keine französischen Erze verhüttet — 1915 nur 2753 Tonnen bei einem Gesamtverbrauch von 1,14 Millionen Tonnen —, sie konnte sich immer noch vorteilhafter aus Skandinavien, Siegen-Nassau, Oesterreich-Ungarn und Rußland versorgen, weil die relativ geringhaltige Minette (durchschnittlich nur 30 bis 33 Prozent Eisen) den weiten Bahntransport nicht vertragen kann. Daran würde auch durch die „Eingemeindung" von Longwy-Briey gar nichts geändert.

Unsere westdeutschen Großhütten haben die Einfuhr von Qualitätserzen (die nicht im Becken Longwy-Briey vorkommt!) in den letzten Jahren vor dem Kriege so forciert, daß darüber einheimische Erzgebiete schwer ins Gedränge gekommen sind. In einer Denkschrift (1909) siegen-nassauischer Erzgebietsinteressenten wurde von der Regierung schon eine Erschwerung der Erzeinfuhr durch Einfuhrzölle verlangt und erklärt: „Als die Hauptursache der jetzigen trostlosen Lage unseres Eisenerzbergbaues muß die Konkurrenz der aus dem Auslande in riesigen Mengen eingeführten Eisenerze bezeichnet werden." Also weit davon entfernt, daß unsere Hütten an Erzmangel litten, war die Erzzufuhr aus dem Auslande so massenhaft, daß selbst ein inländisches Industriegebiet mit so hochwertigen Erzlagern wie Siegen-Nassau deswegen seinen Ruin befürchten mußte!

Unsere Einfuhr an Roheisen, Halbzeug, Eisenwaren und Maschinen ging nach der „Gesamtdarstellung" des deutschen Eisen- und Stahlindustrievereines von 1909 bis einschließlich 1915 von 1,083 auf 0,706 Millionen Tonnen zurück, dagegen stieg unsere Ausfuhr an diesen Waren gleichzeitig von 1,78 auf 7,09 Millionen Tonnen! Im Jahre 1912 wurden in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung schon 268,52 Kilogramm Eisen erzeugt und 155,54 Kilogramm verbraucht. Unsere Eisenerzeugung überstieg mithin um bald 40 Prozent den Eisenverbrauch! Wer will angesichts dieser Tatsache behaupten, die „Eingemeindung" neuer Eisenerzgebiete sei ein „Lebensbedürfnis Deutschlands"? Sie entspricht dem ungeheuren Ausdehnungsdrang der verhältnismäßig wenigen trustartigen, syndizierten Privatwerke, die schon vor dem Kriege etwa 65 Prozent der gesamten deutschen Eisen- und Stahlerzeugung kontrollierten und deren anhaltende Fusionierungs- oder Vertrustungspolitik von den immerhin noch zahlreicheren kleinen und mittleren Unternehmern mit Bangen verfolgt wurde. Die deutsche Roheisenerzeugung betrug 1913 rund 19 Millionen Tonnen. Gesetzt den Fall, wir hätten damals gar keine Erze aus Frankreich bekommen, so hätte das einer Mindererzeugung von nur einer Million Tonnen Eisen entsprochen. Auch dann wäre unsere Eisenerzeugung noch weit über den Eigenbedarf hinausgegangen, wir konnten immer noch etwa sechs Millionen Tonnen ausführen. Da mit standen wir immer noch weit an erster Stelle mit der Eisenerzeugung in Europa.

Ist also aus unserer Produktions- und Handelsstatistik kein „Lebensbedürfnis Deutschlands" nach der „Eingemeindung" der fraglichen Kohlen- und Erzgebiete nachweisbar, so muß man erst recht warnend fragen, wie sich die allseitig als selbstverständlich bezeichnete Wiedereinführung unserer nationalen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft nach solcher „Eingemeindung" vollziehen soll. Es genügt nicht, zu produzieren, man muß auch Verbraucher haben. Und gerade wenn man den schon zitierten Artikel in der „Wirtschaftszeitung" mit seinem besorgten Ausblick auf die drohende amerikanische Konkurrenz auf dem europäischen Markte nachdenklich liest, kann man allen Deutschen nur dringend raten, keiner „Eingemeindungs"politik das Wort zu reden, die verhindern würde, „daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei". Dieses Bekenntnis für einen ehrenhaften dauernden Frieden steht aber in der deutschen Note an die Neutralen!

Vom Tage.

Die Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges hat in den neutralen Ländern großes Aufsehen erregt. Man erkennt, daß der neue Zustand die Neutralen in eine sehr unangenehme Situation bringt. In den nordischen Ländern steht die Presse auf dem Standpunkt, daß man die Angelegenheit kühl und ruhig prüfen müsse und sich nicht durch Stimmungen hinreißen lassen dürfe. In Holland beurteilt man die Situation sehr pessimistisch. Das Haager „Vaderland" schreibt: Von jetzt ab beginnt der Kampf auf Leben und Tod zwischen den kriegführenden Nationen. Was dieser Zustand für die Neutralen bedeutet, ist klar.

Die englische Presse gibt sich der Hoffnung hin, daß Amerika nunmehr eine scharfe Haltung gegen Deutschland annehmen werde. Das ist wirklich bezeichnend!

*

In der französischen Kammer begann am Dienstag die sogenannte Kohlendebatte. Fünf Abgeordnete interpellierten die Regierung wegen der Kohlenkrise. Der Abgeordnete Vaté erklärte, der Kohlenmangel in den Munitionsfabriken sei beängstigend. Laval kritisierte das ganz veraltete Wirtschaftswesen der Regierung, die die Folgen des U-Boot-Krieges nicht vorausgesehen habe, und beschwörte die Regierung, die Leiden der Pariser zu erleichtern. Die Kohlenvorräte von Paris würden bald erschöpft sein. Der Tagesverbrauch sei 700 Tonnen, während nur 2500 Tonnen täglich einträfen. Die Gasgesellschaft könne nur noch 14 Tage mit ihren Kohlenvorräten aus. Trotz dieser Zustände feierten die Kohlenverlader in Saint Nazaires, weil man ihnen keine Lohnerhöhung bewilligte. Minister Herriot gab in seiner Antwortrede zu, die Kohlenkrise sei ernst. Die französische Kohlenproduktion sei von 40 Millionen Tonnen in Friedenszeiten infolge der deutschen Invasion auf 20 Millionen gesunken. England könnte statt der versprochenen zwei Millionen Tonnen nur 1½ Millionen Tonnen liefern. Ueberdies habe England erklärt, es könnte die Kohlen wohl bereitstellen, aber nicht nach Frankreich transportieren. Infolgedessen könnten nur neutrale Transporte in Betracht kommen. Die Hauptursache der Einfuhrschwierigkeiten sei allerdings der U-Boot-Krieg. Er versprach, sein Möglichstes zu tun.

Gingen hier also die Wogen der Erregung schon ziemlich hoch, so steigerten sich dieselben noch bei der Erörterung der Frage der Beschaffung weiteren Menschenmaterials für den Krieg. Namens der Opposition erklärte Favre, die Regierung verlange immer mehr Männer. Frankreich aber erreichte die Grenze seiner Opfer. Die Nachmusterung herzkranker, tuberkulöser und sonstiger Schwerleidender sei eine Frage von größtem Ernst. Die Möglichkeit sei ins Auge zu fassen, daß Frankreich angesichts der während des Krieges gebrachten Opfer gegenüber seinen Verbündeten in den Zustand der Unterlegenheit gerate. Die Regierung verweigerte diesbezüglich in den Geheimkomitees systematisch die Antwort. Gegen jene aber, die unnütz Menschenleben verschleudern, sollten Maßnahmen ergriffen werden. Wir wollen, rief der Redner, den Krieg bis zum siegreichen Ende fortführen, falls wir hierzu die Mittel besitzen, aber wir wünschen eine selbständigere Mitwirkung der Verbündeten. — Der Vorsitzende des Heeresausschusses, Magino, der den Nachmusterungsantrag befürwortete, erklärte, daß nach dem jetzigen Vorschlag 350 000 bis 400 000 Mann nachgemustert werden, nicht, wie ursprünglich geplant, 950 000 Mann.

Denis führte bei Besprechung seines Zusatzantrages, wonach die seit Kriegsausbruch Nachgemusterten nicht mehr nachgemustert werden sollen, aus: **Die von Frankreich seit Kriegsausbruch gemachten Opfer müßten endlich aufhören. Es sei unmöglich, neue Kontingente auszuheben, ohne das Wirtschaftsleben lahmzulegen,** umsomehr, da man 100 000 Mann von 350 000, also einen auf drei, einzuziehen gedenke. — Der Zusatz wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

Zu dem Antrag Denais über die Zivilmobilisierung erklärte Besnard: Die Regierung beschäftige sich zurzeit mit der Frage des Zivildienstes. Ein diesbezüglicher Gesetzesvorschlag sei in Ausarbeitung.

Schließlich wurde der Artikel 1, wonach alle nur ein einziges Mal Gemusterten der Jahresklassen 1896—1916 einschließlich, nachgemustert werden sollen, von der Kammer angenommen.

Eine holländische Telegraphenagentur meldet aus London: Der Kolonialminister erklärte in einer Rede, er könne auf Grund seiner Kenntnis der Dinge und seiner Verantwortlichkeit mitteilen, daß **die durch England eroberten deutschen Kolonien niemals wieder unter deutsche Herrschaft kommen sollen.** Dies ist ein nachträgliches, in den Ententenoten über die Friedensziele der Alliierten bisher vermiedenes Zugeständnis, das erst infolge scharfer Anfragen, besonders seitens Australiens und Neuseelands, gegeben wurde. — Auch der englische Kolonialminister handelte klüger, wenn er erst einmal den Gang der Dinge abwarten würde, ehe er derartige großprahlerischen Redensarten vom Stapel ließe.

*

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei nahm, nach Havas-Meldungen, in den letzten zwei Tagen einstimmig Beschlüsse an, die der Regierung wenig behagten und über die Reuter bisher schwieg. Die Beschlüsse verlangten, die britische Delegation für eine Friedenskonferenz müsse eine angemessene Zahl parlamentarischer Vertreter oder organisierter Arbeiter enthalten und für die Bildung eines Völkerbundes für die Erzwingung des Friedens wirken. Ferner wurden Entschließungen gefaßt, die die beständige Knebelung der bürgerlichen Freiheit, die Wirtschaftspolitik der Pariser Konferenz und die kürzlich von dem Arbeiterminister Hodge geforderte Rückkehr zum Zollschutz gleich energisch verurteilt. Reuter verschwieg auch, daß es dann zum Schluß zu einer stürmischen Kundgebung gegen Lloyd George kam, weil er das Telegramm ignoriert hatte, durch das der Kongreß die sofortige Rücksendung der Clyde-Deportierten energisch fordert. Anderseits zeigte die Konferenz überzeugend, daß die Regierung für ihre Kriegspolitik immer noch auf die volle Unterstützung der vier Riesengewerkschaften der Grubenarbeiter, der Textilarbeiter, der Eisenbahner und der Maschinenbauer rechnen kann, die über drei Viertel aller vertretenen Stimmen verfügten. Die Grubenarbeitergewerkschaften hatten vor Zusammentritt der Konferenz mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese ⅔ Millionen Stimmen gegen jede von der pazifistischen unabhängigen Arbeiterpartei eingebrachte Resolution abzugeben, was deren Schicksal von vornherein entschied. — Auch bei den englischen Arbeitern wird sich die Vernunft schließlich Bahn brechen.

*

Der „Avanti" veröffentlicht den von der sozialistischen Parlamentsgruppe zur Erörterung in der Kammer beschlossenen Antrag. Die Gruppe stellt zunächst fest, daß Wilson in seiner Botschaft an den Senat in endgültiger Weise grundsätzlich zunächst das Recht der Völker, frei über sich selbst zu verfügen, wie die Forderung der Freiheit der Meere, der Neutralisierung der Zugänge zu den Meeresstraßen, der Herabsetzung der Rüstungen, und der Organisation eines allgemeinen Staatenbundes zur Sicherung des Friedens aufgestellt habe, und beantragt im Vertrauen darauf, daß keiner der Staaten der Entente die furchtbare Verantwortung werde auf sich laden wollen, der edlen Initiative Wilsons Hindernisse zu bereiten, daß die italienische Regierung die Vorschläge annehmen und sich energisch bei den ver-

bündeten Regierungen dafür verwenden solle, daß die Vorschläge in kürzester Zeit verwirklicht werden. Gleichzeitig beantragt die Gruppe die sofortige Einberufung der Kammer.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 1. Februar, abends. (Amtlich.)
Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet.

WTB. Wien, 1. Februar. (Amtlich.)
Außergewöhnlich strenges Winterwetter unterbindet auf der ganzen Ostfront jedwede stärkere Kampftätigkeit. Auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz und aus Albanien ist nichts Wesentliches zu melden.

Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe im Westen.

Französischer Heeresbericht vom 31. Januar, abends: Während des Tages war die Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Front ziemlich heftig, namentlich in dem Abschnitt östlich Reims und auf dem rechten Maas-Ufer. Keine Infanterietätigkeit. In Belgien versuchten deutsche Abteilungen östlich Peroyse und südlich Nordschoote vergeblich, sich nach heftiger Beschießung vorgeschobenen belgischen Posten zu nähern. Das Feuer der belgischen Artillerie, Infanterie und Maschinengewehre warf den Feind zurück. Während des Tages war der Artilleriekampf in Gegend von Dixmuiden und in Gegend Steenstraate lebhaft.

31. Januar, nachmittags: In der Woevre richteten unsere Batterien wirksames Feuer gegen feindliche Anlagen in Gegend Aveaucourt. Eine feindliche Erkundungsabteilung wurde durch unser Feuer bei Aveaucourt zerstreut. In Lothringen drang eine unserer Abteilungen südlich Leintrey in die erste und zweite Grabenreihe der Deutschen ein und machte die Verteidiger kampfunfähig. Wir brachten ungefähr 15 Gefangene zurück. Ein Handstreich auf einen feindlichen Posten in Gegend Noucel glückte ebenfalls. In dieser Gegend, ebenso in den Vogesen bei Chapelotte und am Reichsackerkopf meldet man zahlreiche Patrouillengefechte.

Rußland.

Die Russen melden Erfolge.

Russischer Heeresbericht vom 30. Januar. Westfront: Beiderseits Feuertätigkeit und Erkundungsunternehmungen. Rumänische Front: Im Kampf am 27. 1. nordöstlich Jakobeny nahmen unsere Truppen 32 Offiziere, 1126 Mann gefangen und erbeuteten 12 Maschinengewehre und 4 Bombenwerfer. Kaukasus-Front: Unverändert.

Der Balkankrieg.

Russengreuel in Rumänien.

Die Aussagen von Landeseinwohnern ergeben ein erschreckendes Bild russischer Despotenherrschaft in Rumänien. Die Einwohner von Focsani waren durch Drangsalierungen ihrer sogenannten Befreier sehr verängstigt und hielten sich in ihren Häusern versteckt. Erst jetzt wagen sie sich auf die Straße. Obgleich die russische Soldateska die Läden plünderte, waren sie gezwungen, ihre Geschäfte offen zu halten. Zuwiderhandelnde wurden unnachsichtlich mit 25 Knutenhieben bestraft. Der Polizeikommissar in Focsani sagt, daß er allein zweimal mit eigenen Augen gesehen habe, wie die Russen diese Strafe an friedlichen, angesehenen Bürgern auf offener Straße vollzogen. Auf dem Polizeikommissariat fanden sich gegen 300 schriftliche Beschwerden von Einwohnern über Brandstiftung, Plünderung und böswilliger Zerstörung durch die Russen vor. Die Gesamtzahl der von den Russen verübten Schädigungen der Einwohner wird auf 200 Fälle geschätzt. Ebenso häufig sind die Klagen über Vergewaltigungen der Frauen und Mädchen, die zum Teil sogar durch Einbruch verübt wurden.

Der Seekrieg.

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Obwohl die für den Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer im Sperrgebiet Erleichterungen getroffen worden sind, ist auch dem Bedürfnis des kontinentalen Passagierverkehrs dadurch Rechnung getragen, daß zwischen Flissingen und Southampton wöchentlich in jeder Richtung ein holländischer Radampfer unter der Bedingung verkehren darf, daß er das Sperrgebiet bei Tageslicht passiert und auf den Hin- und Rückwege das Kontrollinder-Fahrzeug angerufen wird. Auch für diese Schiffe sind, die für die amerikanischen Passagierdampfer, besondere Abzeichen für Tag und Nacht vorgesehen.

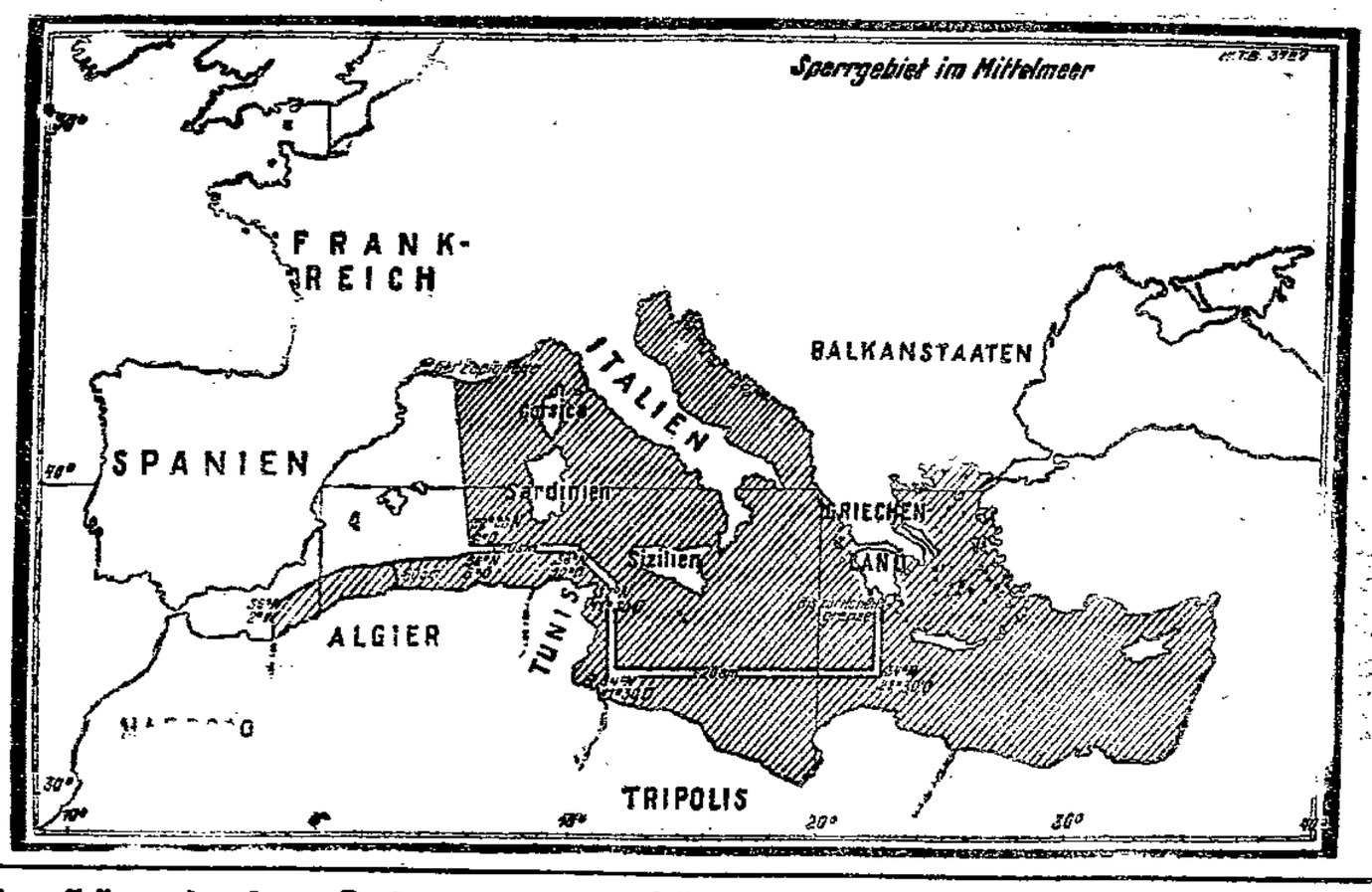
Die holländische Regierung hat durch ein vorläufiges Verbot die Ausfahrt aller neutralen Schiffe inhibiert; es hat den Zweck, den Schiffen eine genaue Anweisung über die einzuschlagende Route zu geben.

Die aus Spanien ausgewiesenen Fischdampfer wurden zurückgerufen.

Die Direktion der Holland-Amerika-Linie teilt mit, daß sie eine direkte Verbindung mit ihrem Dampfer „Rijnsaat Indendam", der gestern aus Rotterdam abgegangen sei, habe, um das Schiff zu Mitteilungen zu veranlassen: nach Kompas habe sie telegraphiert, daß von dem kein einziges ihrer Schiffe abgehen darf. Die Direktion des Rotterdamer Lloyd hat noch keine Entscheidung über ihre Dampfer gemeldet, die auf See sind. Einige Reden hoffen, daß ihre Schiffe, die nach Rotterdam auf der Fahrt sind, rechtzeitig einlaufen werden, andere erwarten, daß die Schiffe nach den europäischen Häfen zurückkehren, wenn sie die deutsche Nachricht von der Verkündung des U-Boot-Krieges erhalten.

Das Reichsamt für die Ausfuhr von Schiffen teilt den Zeitungsverlegern mit, daß jetzt Schiffsdampfer in die Zeitungen und Blätter der Möglichkeit wurden, um den Dampfer „Noordijk", der sich noch immer mit einer Ladung Regierungsgetreide in Sicherung befindet, nach Holland zu schleppen. Die beiden Schleppdampfer sind nahe an den Riffen Vlieland angegangen.

Die „Köln. Ztg." meldet aus Amsterdam: Ein amerikanischer Redner erklärte einem Londoner Blatte, die Versicherung des Unterseebootkrieges bringe für die Schiffahrt nach Amerika und Indien neue Schwierigkeiten mit sich. Für die Fahrt nach Indien müsse vielleicht der Weg um das Kap genommen werden, dann aber müßten die Schiffe unterwegs in englischen Häfen halten, und dort würden sie nichts erhalten ohne Gegenleistungen an England. Was den Verkehr mit Amerika angeht, so ist nicht die Frage an den Reden Englands unerwünscht.



Die Kämpfe im Orient.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

Der türkische Heeresbericht vom 31. Januar sagt über die Kämpfe an der Tigrisfront: Nachdem der Feind am 29. Januar mit seinen sechs Batterien die Stellung eines unserer Bataillone auf dem südlichen Tigris-Ufer unter Feuer genommen hatte, führte er einen Infanterieangriff aus. Die feindliche Infanterie, die zum Angriff überging, wurde, abgesehen von einem Teil, dem es gelang, nach rückwärts zu flüchten, völlig vernichtet. Ein von einem durch zwei Kompagnien Infanterie verstärkten Kavallerieregiment unternommener Einkreisungsversuch mißlang in unserem Artilleriefeuer. Am 30. Januar nahm der Feind mehrere Stunden unsere Stellungen bei Felahie und diejenigen südlich des Tigris unter Artilleriefeuer. Wir beantworteten das Feuer heftig. Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Algerier, Tunesier und Marokkaner an Wilson.

Aus Zürich wird berichtet: Nachstehende Telegramme sind in den letzten Tagen aus der Schweiz an Wilson abgelassen:

Zürich, den 28. Januar 1917.

Herr Präsident!

Ihre letzte Botschaft an den Senat über den Frieden, der zwischen den Völkern herrschen soll, gab den edlen und großmütigen Gedanken kund: Untertanen, die sich unter fremder Herrschaft befinden, sollen nur von einer Regierung beherrscht werden, die sie selbst anerkannten. Im Namen der großen Partei unserer muselmännischen Religionsgenossen aus Algerien erklären wir: daß die französische Herrschaft in diesem Lande in keiner Weise unseren Wünschen entspricht, und wir hoffen, daß Amerika uns nicht vergessen wird, wenn wir die Unabhängigkeit Algeriens und die Befreiung von dem fremden Joch verlangen werden, das uns Frankreich auferlegte.

Für das Komitee der algerischen Patrioten:
El Hadj Abdallah.

Arosa, den 29. Januar 1917.

Herr Präsident!

In dem Augenblick, wo Sie Ihre Stimme vernehmen ließen, daß die Regierung ihre Macht nur von der Uebereinstimmung der Beherrschten herleiten dürfe, in diesem Augenblick steht Frankreich im Begriff das marokkanische Volk und sein Gebiet seiner Herrschaft zu unterwerfen. Schon sind die Söhne Marokkos gezwungen, für Frankreich zu kämpfen, und schon richtete Frankreich im ganzen Lande einen Propagandadienst ein, der aus bestochenen muselmännischen Beamten besteht. Noch ist die Eroberung unseres Landes aber nicht beendet und die Tapferkeit der Marokkaner wird ihr stärksten Widerstand entgegensetzen. Ihre edlen Worte geben uns aber die Hoffnung, daß Sie dieses Werk der Eroberung aufhalten werden, bevor unser Blut noch weiter für die Eroberung des Landes fließen muß.

Abdalariz ibn Ismail Helerbi-al-Skirkaoni.

Luzern, den 30. Januar 1917.

Herr Präsident!

Unter unbegründetem Vorwand besetzte Frankreich 1881 unser Vaterland Tunesien und entriß den Beys von Tunis ihre Macht. Wie unsere Brüder in Algerien und Marokko, erwarten wir den Tag der Befreiung. Wir rechnen auf die mächtige Hilfe des Prädenten des großen Amerikas, der soeben seine Stimme für die gerechte Sache der kleinen Völker erhob.

Muhammed Reschid Serrut-el-Tunisi.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erste Reichstagssitzung am 22. Februar.

Der Hauptausschuß des Reichstages einigte sich dahin, am Tage vor dem Zusammentritt der Vollversammlung eine Sitzung abzuhalten, um sich über die Art der Beratung des Reichshaushalts schlüssig zu machen. Die erste Sitzung des Reichstages in diesem Jahre ist für den 22. Februar in Aussicht genommen. Danach wird die nächste Sitzung des Ausschusses auf den 21. Februar anberaumt werden. Sollte ein früherer Zusammentritt des Hauptausschusses erwünscht erscheinen, so wird der Reichskanzler sich mit dem Vorsitzenden des Ausschusses in Verbindung setzen.

Zum Reichstags-Hauptausschuß

wurden die Beratungen fortgesetzt. Da die Verhandlungen geheim sind, erfährt man nichts Näheres über dieselben. Die herausgegebenen offiziösen Berichte aber besagen nichts. Man erfährt aus denselben nur, daß der Marinesekretär v. Capelle betonte, unsere Lage sei durchaus beruhigend. Gestern nachmittag wurde die Debatte geschlossen.

Erhöhung der Kriegsbeihilfen und Gewährung einmaliger Kriegsteuerungszulagen auch an Volksschullehrer und Lehrerinnen.

Der preußische Kultusminister ordnete an, daß die für die unmittelbaren Staatsbeamten getroffenen Bestimmungen über Erhöhung der Kriegsbeihilfen und Gewährung weiterer einmaliger Kriegsteuerungszulagen auch auf Volksschullehrer und Lehrerinnen, sowie auf auftragsweise gegen feste monatliche Entschädigung beschäftigten Schulamtsbewerber und Bewerberinnen Anwendung finden. In der Mehrzahl der Fälle erfolgte die Auszahlung der einmaligen Zulagen bereits. Die weiteren Zahlungen werden aufs äußerste beschleunigt.

Her mit dem parlamentarischen System!

Die Versammlung des Landesausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei in Württemberg beschäftigte sich auch mit der Notwendigkeit der Einführung des parlamentarischen Systems. Der Vorsitzende des Ausschusses, Rechtsanwalt Dr. Elsas, führte nach einem Bericht des „Berl. Tagebl." aus:

„Groß, vielseitig und schwerwiegend sind die Fragen, die in der inneren Politik der kommenden Jahre an die Staatsbürger herantreten. Die Neuorientierung, welche die Regierung proklamiert hat, wird auch ein Problem der Parteien sein und nicht bloß im Verhältnis zu den anderen Parteien. In ungeahnter Weise haben sich während und infolge des Krieges Kapital und Aemter konzentriert. Dem Reiche müssen Machtmittel an die Hand gegeben werden, damit das in fast amerikanischen Dimensionen auftretende Uebermaß der wirtschaftlichen Privatmonopole nicht den Staat beherrscht und die gesunde Grundlage der Volkswirtschaft schädigt und vernichtet. Die Machtfülle und die Häufung der Aemter, welche mit dem Frieden nur zum Teil wieder verschwinden werden, bedürfen eines natürlichen Gegengewichts, nämlich der Kontrolle des parlamentarischen Systems. Unsere Partei muß mit dem größten Nachdruck, ohne Schwanken und Wanken und unter Hervorkehrung ihrer dauernden Grundsätze das Ziel des Parlamentarismus um so fester ins Auge fassen, als das Reich — eben infolge der starken Zentralisierung aller Kräfte — zu einer immer mehr wachsenden Bedeutung gegenüber den Einzelstaaten sich entwickeln wird. Dies wird der Fall sein, nicht bloß in der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik, sondern auch in der Kulturpolitik, denn das Maß der Erfüllung der Kulturaufgaben, die nach unserer Auffassung vorwiegend in die Kompetenz der Bundesstaaten fallen, wird abhängig sein von den Besteuerungsmöglichkeiten, die vom Reiche den Bundesstaaten belassen werden. Je mehr das Reich die Hand legt auf die direkten Steuern, wie früher schon auf die Erbschaftssteuer, nunmehr auf die Vermögenssteuer und in Zukunft vielleicht notwendigerweise auf die Einkommensteuer, und je mehr die Bundesstaaten sich auf bloße schematische Zuschläge zu diesen Steuern angewiesen sehen, desto mehr verkümmert die Souveränität der einzelnen Staaten und damit ein wertvolles Stück deutschen, konstitutionellen Lebens. Umso stärker wird dann aber auch die Sehnsucht nach konstitutionellen Formen in dem Deutschen Reiche der Neuorientierung. Diesem innerlich begründeten Drang des deutschen Volkes muß Rechnung getragen werden!"

Das fortschrittliche „Berl. Tageblatt" bemerkt hierzu: „Wir können den Ausführungen des Herrn Dr. Elsas nur beipflichten und wünschen, daß die Parteien der Linken und das Zentrum, soweit ihnen an einer wirklich durchgreifenden Neuorientierung gelegen ist, sich möglichst bald über die grundlegende Frage des parlamentarischen Systems verständigen möchten, da sich aus dieser Frage alles andere dann so gut wie von selbst ergibt.

Stark in Worten!

Die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" verbreitet einen Artikel „für jeden Deutschen hinter den Spiegel zu stecken" über den „Scheidemann-Frieden". Wenn eine Kriegsentschädigung nicht kommt, vielmehr jeder seine Last selber tragen soll, dann selbstverständlich müssen auch die Besitzenden tief in den Beutel greifen. Diese Aussicht hat es der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" angetan, weshalb sie den Besitzenden auseinandersetzt:

„Es ist schon jetzt leicht zu überschlagen, daß zur Verzinsung der Kriegsanleihen und der zur Wiederherstellung der gesamten Ausrüstung, Kleidung und Bewaffnung von Heer und Flotte nötigen Milliarden, endlich zur Rentenzahlung an die Kriegsbeschädigten jährlich 6—7 Milliarden neuer Reichs-Einnahmen erforderlich sein werden. Jedes halbe Jahr weiterer Kriegsdauer wird noch etwa eine weitere Steuermilliarde jährlich zufügen. Dazu kommen die neuen Steuern der Einzelstaaten und der durch den Krieg stark verschuldeten Gemeinden und alle die alten wohlbekannten Steuern. Der Wehrbeitrag hat bekanntlich etwa eine Milliarde ergeben. Wie hoch Dein, des einzelnen Deutschen Wehrbeitrag gewesen ist, weißt Du genau. Multipliziere diesen Betrag mit 6 oder 7, so hast Du die Summe, die nach einem Scheidemann-Frieden mindestens auf Dein Teil fallen muß. Hast Du z. B. 6000 Mk. Wehrbeitrag in drei Jahresraten zu 2000 Mk. gezahlt, so fallen künftig auf Dich 36—42 000 Mk. jährlich allein an neuen Reichssteuern, ohne die andern!"

Um den Besitz vor diesen Abgaben zu bewahren, erklärt das Organ des „Unabhängigen Ausschusses":

„Zahlen soll, wer besiegt ist, wer das friedliche Deutschland und seine Verbündeten ruchlos überfallen hat! „Die haben auch kein Geld," sagen die gegen die Feinde Mitleidigen, gegen ihr eigenes Volk Rücksichtslosen. Sie müssen! Die besiegten Raubvölker müssen Geld schaffen, und sollten sie ein Jahrhundert lang daran bürden, wie unser Ostpreußen ein Jahrhundert lang an den Napoleonischen Kriegsbedrückungen getragen hat. Und wenn sie kein Gold haben, so nehmen wir Goldeswert: Land mit fruchtbarem,

Ackerboden für unseren Bevölkerungsüberschuß, für die vertriebenen Auslandsdeutschen, mit Wäldern, Bergwerken, Fabriken, Eisenbahnen, Kanälen."

Das sieht ja fast so aus, als ob die „Unabhängigen" den Krieg in der Hauptsache deshalb weiter fortgeführt wünschen, um den besitzenden Kreisen Lasten zu ersparen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 2. Februar.

Die fällige Anrempelung Scheidemanns ist heute wieder in den „Lübeckischen Anzeigen" enthalten. Sie ist auf dem Komposthaufen der „Nationalliberalen Korrespondenz" gewachsen und wendet sich besonders dagegen, daß unser Genosse noch immer für einen Verständigungsfrieden eintritt, obgleich die Gegner das deutsche Friedensangebot abgelehnt haben. „Mit der Ablehnung unseres Friedensangebots hat sich ja die ganze Lage von Grund aus gewandelt. Wir sind an unsere früher gebotenen Bedingungen nicht mehr gebunden. Soll da Herr Scheidemann von neuem aufstehen und behaupten können, daß er immer noch mit seinem Verzicht- und Verständigungsfrieden den Reichskanzler hinter sich hat? Diesem Treiben sollte doch jetzt endlich einmal Einhalt geboten werden. Als den Bannerträger Wilsons darf es Herrn Scheidemann nicht erlaubt sein, zugleich auch die amtliche Flagge zu zeigen" — Bekanntlich hat Genosse Scheidemann stets betont, daß er nur seine persönliche Auffassung zum Ausdruck bringe, wenn er sich über die Friedensfrage und die Haltung des Reichskanzlers dazu ausspreche. Aber die Schreibtisch-Eroberungspolitiker, denen nach eigenem Geständnis durch die Ablehnung des Friedensangebotes eine Sorge vom Herzen genommen worden ist, möchten gar zu gerne den unbequemen Friedensmahner überhaupt zum Verstummen bringen. Deshalb rufen sie, die gerade gegen den Reichskanzler die schwersten Angriffe richten, nach einem Maulkorb für Scheidemann, hinter dessen Anschauungen die breiten Volksmassen stehen, die von der alldeutschen Kriegspolitik absolut nichts wissen wollen. Am kommenden Montag aber wird der Einwohnerschaft Lübecks ja Gelegenheit gegeben sein, in der Versammlung in der Stadthalle Scheidemanns Meinung zu hören und selbst zu urteilen.

In den Ruhestand tritt auf seinen Antrag am 30. April der hiesige Wasserbaudirektor Baurat Krebs.

Ausführungsbestimmungen zum vaterländischen Hilfsdienst. Mit Zustimmung des vom Reichstage gewählten Ausschusses hat der Bundesrat durch eine Verordnung vom 30. Januar 1917 neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetze über den Vaterländischen Hilfsdienst erlassen. Die wichtigsten von ihnen beziehen sich auf die Erteilung des Abkehrscheines.

Nach der Verordnung ist jeder Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen beschäftigt, verpflichtet, ihm einen Abkehrschein auszustellen, wenn das Arbeitsverhältnis von seiner — des Arbeitgebers — Seite oder mit seiner Zustimmung aufgelöst wird; es ist dabei gleichgültig, ob der Betrieb des Arbeitgebers selbst zu den Hilfsbetrieben zählt oder nicht. Weigerung hat für den Arbeitgeber zwar keine Bestrafung, wohl aber Schadenersatzpflicht zur Folge. Die Ausdehnung der Verpflichtung zur Erteilung von Abkehrscheinen, die in dieser Bestimmung liegt, ist im Interesse der Arbeitgeber wie in dem der Kriegswirtschaft, deren Aufgaben kein zeitweiliges Brachliegen von Arbeitskräften dulden, notwendig geworden. Freilich kann dem Arbeitgeber die Erteilung des Abkehrscheines billigerweise nicht zugemutet werden, wenn er der Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht zustimmt. Aber auch in diesem Falle soll ein Feiern des Arbeiters in seinem und im allgemeinwirtschaftlichen Interesse vermieden werden. Einmal wird darum der Arbeitgeber, der sich weigert, den Abkehrschein auszustellen, verpflichtet, den Hilfsdienstpflichtigen zu Arbeitsbedingungen weiterzubeschäftigen, die mindestens nicht ungünstiger sind als die bisherigen. Außerdem kann der Hilfsdienstpflichtige von dem Vorsitzenden des Ausschusses, der über Beschwerden wegen Verweigerung des Abkehrscheins entscheidet, eine schriftliche Auskunft darüber verlangen, ob der Betrieb, aus dem er ausscheiden will, ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne des Gesetzes ist. Verneint dies die Auskunft, so kann der Hilfsdienstpflichtige von jedem anderen Arbeitgeber sofort eingestellt werden, ohne daß letzterer sich strafbar macht.

Die Pflicht des Arbeitgebers, den hilfsdienstpflichtigen Arbeiter, dem er den Abkehrschein verweigert, weiterzubeschäftigen, entspricht die Pflicht des Arbeiters, der gegen die Verweigerung Beschwerde einlegt, bis zur Entscheidung der Beschwerde sein Beschäftigungsverhältnis im Betriebe fortzusetzen, — es sei denn, daß ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugemutet werden kann (bei Mißhandlung, gröblicher Beleidigung, Gesundheitsbedrohung usw.) Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet auf Anruf durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses.

Der Abkehrschein muß auf einem besonderen Blatte getrennt von den Arbeitspapieren des Hilfsdienstpflichtigen erteilt werden. Er muß Angaben über Name der Firma des Arbeitgebers oder der Organisation Ort, Straße und Hausnummer der Beschäftigungsstelle, wo der Hilfsdienstpflichtige zuletzt tätig war, und über die Dauer der letzten Beschäftigung enthalten. Er ist ebenso wie die obenerwähnte Auskunft stempelfrei. Auch das Verfahren vor den verschiedenen Ausschüssen des Gesetzes und vor deren Vorsitzenden sowie vor der Zentralstelle beim Kriegsamt ist frei von Stempel- oder Gebührenbelastung.

Einige Bestimmungen regeln das Verfahren vor den Ausschüssen und der Zentralstelle. Es mag erwähnt sein, daß die Vorsitzenden wegen unentschuldigten Ausbleibens oder unentschuldigter Versäumnis und wegen unberechtigter Verweigerung einer Aussage Ordnungsgeldstrafen bis zu 100 Mk. verhängen können. Die Zentralstelle und die Ausschüsse sind befugt, die Amtsgerichte um die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu ersuchen.

Eine Strafvorschrift beugt der Maßregelung von Arbeitern und Angestellten wegen der Teilnahme an den Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen der Betriebe oder wegen ihrer Tätigkeit in den Ausschüssen vor. Arbeitgeber oder deren Vertreter, die Arbeiter oder Angestellte im Zusammenhange mit den Ausschußwahlen und der Ausschußtätigkeit beschränken oder benachteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft bestraft. Für die Arbeitnehmervertreter in den Hilfsdienstausschüssen und in der Zentralstelle beim Kriegsamt ist ein ähnlicher Schutz bereits durch § 8 der Verordnung vom 21. Dezember 1916 geschaffen.

Für die Hilfsdienstpflichtigen, die nach Empfang der besonderen, schriftlichen Aufforderung, sich eine Hilfsdienstbeschäftigung zu suchen, eine solche gefunden haben, ist eine Anzeigepflicht vorgesehen. Die Anzeige ist unverzüglich zu erstatten, an den Ausschuß, von dem die Aufforderung ausgegangen ist, zu richten und vom Arbeitgeber durch seine Unterschrift zu bestätigen. Bei Unterlassung der Anzeige kann Geldstrafe bis zu 20 Mk. verhängt werden. Vordrucke für die Anzeige werden dem Aufforderungsbescheide beigefügt. — Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Speisemarken. Das Polizeiamt erläßt eine Verordnung, in der bestimmt wird, daß vom 10. Februar 1917 an in Hotels, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Kantinen, Fremdenheimen, Pensionaten, Mittagstischen, Volks-, Kriegs- und Armenküchen Speisen, zu deren Bereitung Kartoffeln, Zucker oder Mühlenfabrikate irgendwelcher Art verwendet worden sind, nur gegen Ablieferung einer Speisemarke verabfolgt und entnommen werden dürfen. Die Speisemarken werden gegen Ablieferung von Lebensmittelausweisen ausgegeben. Wo die Ausgabe erfolgt und welche Lebensmittelausweise abzugeben sind, wird besonders bekannt gegeben werden. Jede Speisemarke berechtigt zur Entnahme einer Mahlzeit. Personen, welche außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes wohnen und in Lübeck in fester Arbeit stehen, erhalten bis auf weiteres Speisemarken gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises aus dem ihr Wohnsitz ersichtlich sein muß und einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers, daß sie hier in fester Arbeit stehen. Im übrigen aber dürfen an Auswärtige Speisen, zu deren Bereitung Kartoffeln, Zucker oder Mühlenfabrikate irgendwelcher Art verwendet worden sind, nur verabfolgt werden, wenn die Personen sich im Besitz von Reisebrotmarken oder eines amtlichen Ausweises befinden, aus dem hervorgeht, daß sie nicht im lübeckischen Staatsgebiet wohnen. Die Bestimmungen, wonach Eier, Eierspeisen, Fleisch, Fleischspeisen und Brot nur gegen die vorgeschriebenen Ausweise abgegeben und entnommen werden dürfen, werden durch die vorstehenden Vorschriften nicht berührt. Enthalten demnach Speisen, welche auf Speisemarken verabfolgt werden dürfen, Eier, Fleisch oder Brot, so darf die Abgabe und Entnahme dieser Speisen nur erfolgen, wenn neben der Speisemarke auch die für diese Lebensmittel vorgeschriebenen Ausweise abgegeben werden. — Nach einer Bekanntmachung der Nahrungsmittelverteilungsstelle erfolgt die erstmalige Ausgabe der Speisemarken in der Zeit vom 5. bis 9. Februar. Die genaueren Einzelheiten sind aus dem Anzeigenteil ersichtlich.

Vierteljährliche Viehzählung. Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 30. Januar wird im Deutschen Reiche, vom 1. März beginnend, bis auf weiteres vierteljährlich eine kleine Viehzählung vorgenommen werden. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine; die Landeszentralbehörden, die die Ausführungsbestimmungen erlassen, können für ihren Bereich weitergehende Erhebungen anordnen. Die Zählung des Rindviehs, der Schafe und Schweine soll für die Schlachtungsumlagen der Reichsfleischstelle, die in vierteljährlichen Zwischenräumen erfolgen, einen zuverlässigen Schlüssel liefern; die in kurzen Abständen wiederholte Ermittlung des Pferdebestandes und seine Gliederung entspricht einem dringenden Bedürfnis der Heeresverwaltung.

Zahlt Steuern! Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1916/17 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettel für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar ds. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt, oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Kiel. Fideikommißreif! Im Inseratenteil der „Deutschen Tageszeitung" lesen wir folgende Anzeige:

Eines der
feudalsten adligen
Güter Holsteins

aus altem Besitze mit großem, altem, modern eingerichtetem Schloß, an Wasser und vornehmstem großen Park mit tausendjährigen Eichenbeständen gelegen, soll wegen Aufteilung verkauft werden. Der Acker ist bester Weizenboden in höchster, alter Kultur und Kraft. Der nur alte Eichen- und Buchenwald hat hohen Wert.

Die Milcheinnahme aus der großen Viehhaltung verzinst bei der absoluten Nähe der Großstadt den ganzen Kaufpreis. Korrekteste Buchführung weist die Rentabilität nach. — Erstklassige Jagd auf Dam- und Rehwild; das Areal ist zu ¾ eingegattert. Die Administration ist mit dem Verkauf beauftragt. Es wird nur mit Selbstreflektanten, die 800 000 bis 1 000 000 Mark bar auszahlen wollen, oder deren legitimierten Vertretern verhandelt.

Diese Anzeige wird bei der doppelten Konjunktur der Kriegsgewinne und des Fideikommißgesetzes gewiß guten Erfolg haben. Der Satz, daß die Milcheinnahme aus der großen Viehhaltung bei der absoluten Nähe der Großstadt den ganzen Kaufpreis verzinse, ist in dem Original der „Deutschen Tageszeitung" nicht gesperrt gewesen.

Bremen. Die Bürgerschaft bewilligte am Mittwoch weitere fünf Millionen für Kriegsausgaben. Diese Gelder werden zur Linderung der Kriegsleiden verwendet, nämlich einerseits, um den Familien, deren Ernährer im Felde steht, die wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen und ferner besonders um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Annahme wurde vom Genossen Rhein befürwortet. Sodann ist ein Antrag des Herrn Theilen hervorzuheben, der einen Bericht darüber verlangte, ob nicht das Fischen in den bremischen Gewässern, fließenden wie stehenden, allgemein zu gestatten sei. Der Genosse Voigt befürwortete den Antrag, sonst fand er aber mehrfach Widerspruch, weil man die Beschädigung der Uferländereien fürchtete und andererseits glaubte, daß bei der Sache nicht viel Nützliches herauskommen werde; auch von allerlei Fischereigerechtsamen war die Rede. Der Antrag wurde auch schließlich mit 41 gegen 35 Stimmen abgelehnt, trotzdem er zunächst doch nur einen Bericht verlangte. Inbetreff der in den Ruhestand befindlichen Beamten und der Hinterbliebenen von Beamten hatte die Bürgerschaft früher einen Antrag angenommen, in dem sie wünschte, daß die Gewährung von Teuerungszulagen an Ruhegehalts- und Jahrgeldsempfänger sowie an Witwen und Waisen nach ähnlichen Grundsätzen erfolgen möge, wie dies bei den Teuerungszulagen an Beamte und Angestellte geschieht. Der Senat hatte darauf, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, in der Hauptsache ablehnend geantwortet, und nur 10 000 Mk. für besonders „Bedürftige" in Aussicht gestellt, die sich besonders darum melden müßten. Wir hatten diese Stellungnahme bereits kritisiert. Auch Herr Hormann trat gegen sie auf, und der Genosse Rhein unterstützte ihn. Auf Vorschlag des Herrn Hormann beschloß die Bürgerschaft, auf ihrem Antrage zu beharren. Eine Mitteilung des Senats, die durch die Eingaben des Verbandes Bremischer Beamtenvereine veranlaßt ist und neue, zu Weihnachten bekanntgegebene Bestimmungen für die Kriegsteuerungszulage sowie für die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage enthält, wurde besprochen und endlich „dankend entgegengenommen".

Emden. Tödliche Unfälle auf dem Eise. Auf dem Zweigkanal zwischen Oldersum und Emden brach ein junger Schiffer aus Hallund beim Schlittschulauf durchs Eis und ertrank. Bei Loppersum brachen zwei Töchter des Pferdehändlers Seligmann aus Wirdum durchs Eis. Das 16jährige Mädchen wurde mit genauer Not gerettet, die 18jährige Schwester ertrank. Bei Spetzerfehn brachen vier Personen ein, zwei konnten sich selbst retten, die anderen wurden mit vieler Mühe aufs Trockene gebracht.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Amentieres und Arras scheiterten zahlreiche Vorstöße starker englischer Aufklärungsabteilungen.

Beiderseits der Ancre und Somme herrschte lebhafter Artilleriekampf. In den Morgen- und Abendstunden rege Tätigkeit unserer Erkunder, die südwestlich von Miraumont und nordöstlich von Le Sars einen Offizier und 12 Mann aus den feindlichen Gräben holten.

Am Wege Gueudecourt—Beaulemont drangen nach starkem Feuer die Engländer in Kompagniebreite ein. Im Gegenangriff wurden die Stellungen gesäubert. Eine Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

Heeresgruppe Kronprinz.

An der Combreshöhe und im Aillywalde kehrten Stoßtrupps aus den zerschossenen französischen Linien mit 20 Gefangenen zurück. In den Vogesen brachten unsere Aufklärer 5 Franzosen von einer Unternehmung ein.

An der Nordwestfront waren die Flieger sehr rege. Unsere Geschwader machten im englischen Teil Frankreichs wertvolle Feststellungen. Die Gegner büßten beim Luftkampf sieben Flugzeuge ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei starkem Frost und Schneefällen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Unterseeboots-Arbeit.

WTB. Berlin, 2. Februar. (Nichtamtlich.) Von den in diesen Tagen zurückgekehrten U-Booten sind 21 Fahrzeuge mit rund 30 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

Unter der Ladung der versenkten Fahrzeuge befanden sich u. a. 7500 Tonnen Kohlen, 5000 Tonnen Erze, außerdem Phosphor und Grubenholz.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Figaros Hochzeit", Oper in 4 Akten von Mozart. Die gestrige Aufführung dieser musikalisch so reich und prächtig ausgestatteten Hochzeit" hinterließ wieder wie im vorigen Winter eine Fülle schöner Eindrücke. Herr Kapellmeister Wetzler hat sich hier schon um die sorgfältige Wiedergabe Mozartischer Werke besondere Verdienste erworben und seiner hohen künstlerischen Befähigung ist die gestrige durchweg erfreuliche Vorstellung in erster Linie zu danken. Auf der Bühne sah man größtenteils die hier im Vorjahre bereits bewährten Kräfte. Frl. Sajitz bot als Gräfin gesanglich eine hochachtbare Leistung, während sie im Spiel noch etwas zu schüchtern war. Die treffliche Susanne des Frl. Schadow, der zierliche Cherubin der Frau Vogel-Mack, das kokette Bärbchen des Frl. Bornhold sowie der überlistete Graf des Herrn Benzinger und der verschmitzte Basilio des Herrn Nickel waren wirksam durchgeführte Darbietungen, zu denen sich neu die vielleicht zu bewegliche alte Marzelline des Frl. Bergau und der ihrer würdige Doktor Bartolo des Herrn Schuhmacher gesellten. Herr Ludewigs gab dem Figaro die erforderliche Gewandtheit und Beweglichkeit und wußte auch gesanglich seiner Partie in tüchtiger Weise gerecht zu werden. Daß er und Basilio im letzten Akt um ihre wirkungsvollen Arien kamen, war nicht ihre Schuld. Herr Brischke hatte die Oper inszeniert und war dabei von den gewohnten Bahnen recht erheblich abgewichen. Sowohl das erste Zimmer, in dem Figaro den Raum für das Bett abmißt, dessen Teile man schon bereitgestellt hatte, wie das Boudoier der Gräfin waren in der Ausstattung wesentlich verändert. Den dritten Aufzug hatte die Regie in zwei Teile zerlegt. Die erste Hälfte spielt in einem Saale des Schlosses, während das Briefduett und der Aufmarsch der Hochzeiter in den Garten verlegt waren. Die letztere Szene gewann dabei an Leben und Farbe, doch steht auf der anderen Seite als Nachteil eine für den Umbau erforderliche neue Pause in der Vorstellung. Der vierte Akt ist unverändert geblieben. Man darf wohl sagen, daß die Neuinszenierung im ganzen von glücklichen Gedanken getragen war und dem Bühnenbilde zum Vorteil gereichte. P. L.

Neueste Nachrichten.

Bern, 1. Februar. Ueber die Wendung im U-Boot-Krieg schreibt „Der Bund": Nach den Bestimmungen der deutschen Denkschrift liegt von allen französischen Häfen nur Cette nicht in der Blockade-Zone, und die ganze Versorgung der Schweiz muß auf eine völlig andere Grundlage gestellt werden. Der Bundesrat hat sich heute in außerordentlicher Sitzung mit der Aufgabe befaßt, und man kann darauf zählen, daß unsere Behörden alles tun werden, um die Folgen der neuen Erschwerung unserer Lage zu mildern.

Kopenhagen, 1. Februar. Man erwartet hier für morgen die Schließung der Kopenhagener Börse, um eine Panik zu vermeiden. Man befürchtet, daß viele Besitzer von Aktien von Schiffahrtsgesellschaften ruiniert werden könnten. Der Wortlaut der deutschen Note ist hier erst um 2 Uhr nachts bekannt geworden. Anläßlich der deutschen Blockade-Erklärung wurde ein geheimer Ministerrat abgehalten. Morgen soll eine geheime Sitzung des Reichstags stattfinden.

Stockholm, den 1. Februar. Als einzig möglichen Ausweg aus der durch den verschärften U-Boot-Krieg geschaffenen Situation bezeichnen die schwedischen Reeder, wenn es der schwedischen Regierung gelänge, mit Deutschland ein diplomatisches Uebereinkommen zu treffen, welches die Frist für die Heimkehr der gegenwärtig auf dem Ozean oder in englischen Häfen befindlichen schwedischen Schiffen verlängert. Gewaltige Verluste könnten dadurch vermieden werden. Schweden benötige 200 000 Tonnen Getreide und Futtermittel, die sonst ausbleiben würden, umsomehr als keine Garantie bestehe, daß England nicht diese Schiffe samt den Frachten beschlagnahme. Alle Zufuhren von Steinkohlen sind nunmehr durch die Tauchbootblockade zum Aufhören verurteilt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein unhaltbarer Zustand.

In der letzten Zeit ist es wiederholt in der Kriegsküche in der Beckergrube vorgekommen, daß dort diejenigen Leute, die sich ordnungsgemäß Karten für den nächsten Tag gelöst hatten, kein Essen mehr erhalten haben, weil nichts mehr da war. So war es auch wieder am gestrigen Donnerstag. Eine größere Anzahl Personen erhielten, trotzdem sie im Besitze von Karten waren, kein Essen mehr. Wir meinen, daß doch die Lösung von Karten am vorhergehenden Tage den Zweck haben soll, die Menge der zu kochenden Speisen festzustellen. Wie ist es denn aber möglich, daß man kein Essen erhält und mit leerem Magen wieder zur Arbeit gehen muß? Hier scheint ein großer Organisationsfehler vorzuliegen, der schleunigst behoben werden muß.

Mehrere Arbeiter und Arbeiterfrauen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellinz.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

KURZWAREN
und Schneiderei-Bedarfsartikel

gelangen heute bis einschließlich Sonnabend
sehr preiswert zum Verkauf.

Nähnadeln . 25 Stück, sort. Stärken **5 ₰**
Stecknadeln . 100 Stück, aufgesteckt **8 ₰**
Sicherheitsnadeln . . . . 12 Stück **8 ₰**
Haarnadeln . . . . . Paket **2 ₰**
Lockennadeln . . . . . 3 Pakete **5 ₰**
Haarnadeln extra stark . . . . Pack. **10 ₰**

Schnürsenkel Eisengarn . . ½ Dtz. **30 ₰**
Schnürsenkel Makko, 100 cm lg. ½ Dtz. **50 ₰**

Hosenknöpfe . . Dutzend 5 ₰ und **3 ₰**
Wäscheknöpfe versch. Gr. 2 Dtz. **5 ₰**
Perlmutt-Wäscheknöpfe Dtz. **5 ₰**

Wäschebuchstaben . . . Dutzend **8 ₰**
Wäsche-Monogramme . . . Dtz. **40 ₰**
Monogramme Seide gestickt, Stück **10 ₰**

Druckknöpfe
schwarz und weiß
mittelgroß
Dutzend **8** Pfennig

Prima
Wäscheknöpfe
sortierte Größen 16—28
5 Dutzend **58** Pfennig

Knopflochseide
3 Rollen **10** Pfennig

Nähseide
Rolle **12** Pfennig

Strumpfhalter elast., a. br. Rüschenband **65 ₰**
Kinder-Strumpfhalter elast., Paar **60 ₰**

Halbleinenband versch. Breiten, Stück **12 ₰**
Baumwollband schwarz u. weiß, Meter **4 ₰**
Nahtband 6 Meter . . . . . Stück **20 ₰**

Kragenstäbe Celluloid . . . Dutzend **2 ₰**
Spiral-Kragenstäbe . . . Dutzend **10 ₰**
Kragenstäbe auswechselbar, . . Dtz. **25 ₰**

Armblätter Trikot . . . . . Paar **14 ₰**
Armblattwesten . . . . . Paar **35 ₰**

Wäschebesätze weiß u. farb., 10 Meter **20 ₰**
Stopfgarn schwarz, braun u. farb., Karte **15 ₰**

Futterstoffe
Jackonett . . . . . Meter **95 ₰**
Reversible . . . . . Meter **1.20**
Rollenköper . . . . . Meter 1.40 **1.20**

Schneiderbüsten
Stoff überzogen, alle Größen **7.50**
Ständer für Schneiderbüsten
lackiert **3.50**

Zur Einsegnung
Kleiderstoffe.
Wir bieten enorme Preisvorteile durch auserlesene Qualitäten.

Schwarze Kleiderstoffe
Cheviots, Popeline, Serge und Batiste in reinwollenen Qualitäten
Meter **2.80 3.25 3.75** bis **4.80**

Einfarbige Kleiderstoffe
in großer Farbenauswahl
Meter **1.80 2.25 3.00** bis **7.50**

Gemusterte Kleiderstoffe
kariert, gestreift und meliert
Meter **1.65 1.95 2.50** bis **6.50**

7285

HOLSTENHAUS
G. m. b. H.
LÜBECK
Holstenstraße

Zigarren, Zigaretten Tabak — Shag, Hamburger schwarz. Kraus. Zündhölzer — Größte Auswahl u. großes Lager in allen Preislagen. — Billigste und beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Private. (7236 **Grundmann,** Schüsselbuden 18, I., Fernsnr. 418.

Bekanntmachung
betreffend die Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1914, in der Fassung vom 4. November 1915 wird hiermit für das lübeckische Staatsgebiet angeordnet:

§ 1.

Vom 10. Februar 1917 an dürfen in Hotels, Gast-, Schank und Speisewirtschaften, Kantinen, Fremdenheimen, Pensionaten, Vinagenschen, Volks-, Kriegs- und Armenküchen Speisen, zu deren Bereitung Kartoffeln, Zucker oder Mühlenfabrikate jeglicher Art verwendet worden sind, nur gegen Ablieferung einer Speisemarke verabfolgt und entnommen werden.

§ 2.

Die Speisemarken werden gegen Ablieferung von Lebensmittelausweisen ausgegeben. Wo die Ausgabe erfolgt und welche Lebensmittelausweise abzugeben sind, wird besonders bekannt gegeben werden.

§ 3.

Jede Speisemarke berechtigt zur Entnahme einer Mahlzeit.

§ 4.

Personen, welche außerhalb des lübeckischen Staatsgebiets wohnen und in Lübeck in fester Arbeit stehen, erhalten bis auf weiteres Speisemarken gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises, aus dem ihr Wohnsitz ersichtlich ist, und einer Bescheinigung ihres Arbeitsgebers, daß sie hier in fester Arbeit stehen. Im übrigen aber dürfen in den im § 1 bezeichneten Betrieben Speisen, zu deren Bereitung Kartoffeln, Zucker oder Mühlenfabrikate jeglicher Art verwendet worden sind, nur verabfolgt werden, wenn die Personen sich im Besitz von Speisemarken und eines amtlichen Ausweises befinden, aus dem hervorgeht, daß sie nicht im lübeckischen Staatsgebiet wohnen.

§ 5.

Die Bestimmungen, wonach Eier, Geflügel, Fleisch, Fleischspeisen und Wild nur gegen die vorgeschriebenen Ausweise abgegeben und entnommen werden dürfen, werden durch die vorstehenden Vorschriften nicht berührt. Entnahmen demnach Speisen nicht nur auf Speisemarken verabfolgt werden dürfen, Eier, Fleisch oder Wild, so daß die Abgabe und Entnahme dieser Speisen nur erfolgen, wenn neben der Speisemarke auch die für diese Lebensmittel vorgeschriebenen Ausweise abgegeben werden.

§ 6.

Die Inhaber oder Leiter der im § 1 genannten Betriebe haben die von ihnen in Empfang genommenen Speisemarken zu sammeln und an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle der Kommission des Senats zur Beschaffung von Nahrungs- und Genußmitteln, Große Straße 65 II, abzuliefern. Die abgelieferten Speisemarken bilden die Grundlage für die Neuzuteilung von Nahrungsmitteln. Die näheren Bestimmungen hierüber und die einzelnen Kontrollvorschriften werden von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle erlassen.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften und die auf Grund des § 7 von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle erlassenen Bestimmungen und Kontrollvorschriften werden auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 mit Geldstrafe bis zu 5 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 31. Januar 1917.

Das Polizeiamt.

7228

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes, betreffend die Ausgabe von Speisemarken, vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die erstmalige Ausgabe von Speisemarken erfolgt in den Tagen vom 5. bis 9. Februar 1917 in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 3½ bis 7½ Uhr nachmittags in der **Börse**, Eingang vom Markt, und zwar

am **5. Februar** an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **A—E**,
am **6. Februar** an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **F—K**,
am **7. Februar** an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **L—P**,
am **8. Februar** an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **Q—S**,
am **9. Februar** an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **T—Z**.

Die Speisemarken werden in Heften zu **16 Marken**, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung eines Heftes im Monat Februar sind abzugeben:

1. **einer** der drei für den Monat Februar für **Mühlenfabrikate** auf den Abschnitte F III, D IV und G III des Lebensmittelbuches,
2. **einer** der zum Bezuge **von Zucker** im Monat Februar erteilten Abschnitte C XIII bis C XVIII des Lebensmittelbuches und
3. **sechs** der Unterabschnitte 1 bis 10 des Abschnittes 15 oder 16 der **Kartoffelkarte**. Wer diese Kartoffelkartenabschnitte nicht besitzt, weil er die Kartoffeln bereits bezogen hat oder Selbstversorger ist, erhält, wenn er 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeignete Kartoffeln gegen Empfang des Tagespreises an die Städtische Kartoffelstelle, Königstraße 13 I, abliefert, einen entsprechenden Ausweis.

Wenn nicht für alle Personen, welche ein gemeinschaftliches Lebensmittelbuch haben, Speisemarken entnommen werden sollen, ist für die Personen, für welche Speisemarken verlangt werden, die Ausstellung besonderer Lebensmittelbücher in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, unter Umtausch des vorgenannten Lebensmittelbuches zu beantragen.

Vom 10. Februar 1917 an erfolgt die Ausgabe von Speisemarken in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69.

Die Ausgabe von Speisemarken für **auswärts wohnhafte** Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt — auch in der Zeit bis zum 9. Februar 1917 — **nur** in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Große Straße 65, II, Zimmer III, und nur gegen Vorlage des amtlichen Ausweises über den Wohnsitz und der Bescheinigung des Arbeitsgebers auf dem vorgeschriebenen Vordruck. Die Vordrucke sind bei der Geschäftsstelle, Große Straße 65, II, in Empfang zu nehmen.

Lübeck, den 1. Februar 1917. (7224

Die Nahrungsmittelverteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die gleichzeitig erscheinende Veröffentlichung über die Ausgabe von Speisemarken wird hierdurch bekanntgegeben, daß für den Monat Februar auf Grund der neu aufgestellten Kundenliste für Kolonialwaren folgende Verteilungen in Aussicht genommen sind:

Haferflocken auf Abschnitt **F III** des Lebensmittelbuches
Teigwaren (Nudeln), „ **D IV** „ „
Gerstengraupen „ „ **G III** „ „
Gerstengraupen oder Gerstengrütze „ „ **G III** „ „

Ueber den Zeitpunkt und die Menge, welche zur Verteilung gelangen wird, werden nähere Bekanntmachungen erfolgen. Es kann damit gerechnet werden, daß nach Fertigstellung der neuen Kundenliste zuerst die Verteilung von Haferflocken erfolgen wird.

In der Zeit vom 10. bis 28. Februar sind von den obigen vier Abschnitten aus dem Lebensmittelbuch nur die Abschnitte

F III D IV G III

gegen je ein Heft zu 16 Speisemarken für jede Person austauschfähig (unter gleichzeitiger Abgabe der vorgeschriebenen Abschnitte für Kartoffeln und Zucker).

Wenn außer den in Aussicht genommenen vier Verteilungen im Monat Februar noch weitere allgemeine Verteilungen auf Grund der Kundenliste möglich sein sollten, dürfen die Abschnitte für diese Verteilungen ebenso wie der Abschnitt **G IV** nicht gegen Speisemarken ausgetauscht werden.

Lübeck, den 1. Februar 1917.

7225 **Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.**

Bekanntmachung.

Trotz der wiederholten Aufforderung des Polizeiamts, die Brotkartenblocks wohl zu verwahren und für den Gebrauch nur die für die betreffende Woche gültigen Einzelkarten abzutrennen, kommt es täglich vor, daß bei dem Polizeiamt Brotkartenblocks als abhanden gekommen gemeldet werden, die angeblich auf der Straße, im Laden oder in Händen von Kindern verloren gegangen sind.

Das Polizeiamt wiederholt nochmals aufs dringlichste seine Warnung, die Brotkartenblocks nicht mit sich zu führen und sie auf keinen Fall Kindern in die Hände zu geben, da auf Erstattung abhanden gekommener Brotkartenblocks nicht zu rechnen ist.

Lübeck, den 1. Februar 1917. (7233

Das Polizeiamt.

Der Wahre Jacob Nr. 3
wird statt zum 2. Februar wegen Verkehrsstörungen
erst am 9. Februar
zur Ausgabe gelangen.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Nr. 28
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 2. Februar 1917

Was bisher der Weltkrieg kostet.

Wenn der Graf von Montecuccoli schon vor etwa drei Jahrhunderten zu der Erkenntnis gekommen war, daß zum Kriegführen Geld, Geld und wieder Geld gehört, dann würde er vermutlich heute, hätte er den Weltkrieg miterlebt, sagen: „viel Geld, sehr viel Geld und immer noch mehr Geld". Was uns in dieser Hinsicht der gegenwärtige Krieg lehrt, war — Ben Akiba wird sich die Korrektur schon gefallen lassen müssen — wirklich „noch nicht dagewesen". Schon von allem Anfang an waren die Kosten des Weltkrieges ganz ungeheuer und ohne Beispiel. Denn das Kriegsgewitter brach gleich mit aller Heftigkeit los und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß schon nach kurzer Zeit etwa ein Dutzend europäischer Staaten am Kriege teilnahm und später noch einige dazu kamen.

Jetzt sind es genau 2½ Jahre her, daß die Welt in Flammen geriet; volle 30 Monate, also rund 900 Tage, dauert der Brand und noch lodert er in voller Glut. Zwar pflegt man sonst den Brandschaden erst festzustellen, wenn das Feuer gelöscht ist, aber bei einer Feuersbrunst von der Ausdehnung und Dauer dieses Weltbrandes erscheint es sehr angebracht, noch während die Flammen zum Himmel schlagen, den bisherigen Schaden zu prüfen und damit dem Teil des uns feindlichen Volkes und besonders ihren Regierungsstellen, die durch die rabiate Ablehnung des deutschen Friedensangebotes den Eindruck zu erwecken suchten, als ob sie des Brennens und Sengens noch nicht müde seien, in Ziffern vor Augen zu führen, wie gewaltig neben der unersetzlichen Einbuße an Menschenleben und idealen Gütern die materiellen Verluste im Kriege sind. Einstweilen können nur diejenigen Kosten einigermaßen übersichtlich werden, die durch die Mobilmachung und die bisherige Kriegführung entstanden sind. Anhaltspunkte geben dafür die Höhe der von den einzelnen Staaten bisher aufgenommenen Kriegsanleihen und Aeußerungen, die von verschiedenen Regierungen zu gewissen Zeiten über den Umfang der Kosten an die Oeffentlichkeit gelangten. Daraus läßt sich berechnen, daß in den abgelaufenen 29 Kriegsmonaten die Kosten sich auf ungefähr 360 Milliarden Mark stellen, eine Ziffer, deren Riesenhaftigkeit und Bedeutung bis zu diesem Kriege noch schwerer erfaßt worden wäre als jetzt. Denn eigentlich erst in diesem Weltkrieg haben wir das Rechnen mit Milliarden gelernt. Vorher war es im wesentlichen das Vorrecht einzelner Finanzleute und berufsmäßiger Mathematiker, diesen Begriff in seinem vollen Umfange zu durchdringen. Im Kriege hat man auch in breiteren Kreisen einigermaßen einen Maßstab bekommen von dem Inhalt und der Größe einer Milliarde. Fraglos ist, daß das Wort „Milliarde" noch niemals soviel im Munde auch des Mannes aus dem Volke war wie im Kriege, und ohne Frage ist ferner, daß dadurch der Respekt vor der Milliarde gegen früher wesentlich nachgelassen hat. Deshalb möge er hier mit Hilfe einiger Vergleiche wieder etwas aufgefrischt werden. Da eine Milliarde bekanntlich 1000 Millionen sind, so machen die vorerwähnten 300 Milliarden Mark Kriegskosten 300 000 Millionen Mark aus oder in vollen Ziffern geschrieben: 300 000 000 000. Leichter faßlich wird diese Zahl, wenn man den darin zum Ausdruck kommenden Aufwand auf einen kleineren Zeitraum des Krieges umrechnet. Danach stellen sich im **Monat** die gesamten Kriegskosten auf **10 Milliarden** Mark und für den **Tag** berechnet auf 333⅓ Millionen Mark. Eine Linderung für den Schrecken und das Unbehagen, das uns diese hohen Kriegskosten berechtigterweise bereiten, kann, einigermaßen wenigstens, in der Tatsache gefunden werden, daß der Hauptteil von ihnen auf unsere Gegner entfällt. Nur etwa ein Drittel kommt auf Deutschland und seine Verbündeten, die anderen zwei Drittel auf die Ententestaaten. Die Zentralmächte haben somit bisher etwa rund 100 Milliarden Kosten aufzubringen, ihre Gegner 200 Milliarden. Das Riesenmaß der bisherigen Lasten des Weltkrieges sei an einigen Vergleichen dargelegt. Welch großes Aufsehen hatte nicht die Höhe der Kriegsentschädigung Frankreichs an Deutschland im Jahre 1871 von 5 Milliarden Franken oder 4 Milliarden Mark erregt! Man konnte damals nicht begreifen, wie eine solche Summe überhaupt aufzubringen sein würde, und es gab Leute, die sich die Köpfe darüber zerbrachen, was man mit dem vielen Gelde eigentlich anfangen sollte. Und doch, wie klein nimmt sich die Summe heute aus gegenüber den Erfordernissen des gegenwärtigen Krieges! Allein die Aufwendungen in einem Monat machen das Zweieinhalbfache der damaligen französischen Kriegsentschädigung aus. Mit anderen Worten: die französische Kriegsentschädigung hätte nur für 12 Tage die Kosten des Weltkrieges zu decken vermocht. Wie sehr wir in diesem Kriege mit anderen Begriffen rechnen müssen als früher, ergibt sich ferner aus einer Gegenüberstellung mit den Kosten früherer Kriege. Der deutsch-französische Krieg z. B. dauerte bis zum Waffenstillstand vom 17. Juli 1870 bis 18. März 1871, also 245 Tage. Er erforderte ohne die Ausgaben für Unterstützungen, Renten usw. an eigentlichen Kriegsausgaben auf beiden Seiten je etwa 1½ Milliarden Mark, zusammen also 3 Milliarden Mark, d. h. ungefähr soviel als im jetzigen Kriege in nur 9 Tagen verbraucht werden. Im Kriege gegen die Buren, der vom 11. Oktober 1899 bis 31. Mai 1902, somit 963 Tage dauerte, also nicht viel länger als bisher der Weltkrieg, stellten sich die Kosten Englands auf etwa 4½ Milliarden Mark, somit auf ungefähr soviel, als jetzt in 13 Tagen verausgabt werden. England allein braucht gegenwärtig im Monat wohl ebensoviel, als es für den ganzen nahezu 2¾jährigen Burenkrieg aufzubringen hatte. Für den russisch-japanischen Krieg, der sich vom 20. Febr. 1904 bis Ende August 1905 abspielte, also 550 Tage umfaßte, wurden von Helfferich die reinen Kriegskosten auf russischer Seite auf 2,87 Milliarden Mark, auf japanischer auf 2,42 Milliarden, zusammen auf 5,29 Milliarden Mark berechnet, einen Betrag, der im Weltkriege die Kosten für nur 16 Tage gedeckt hätte. Das Kriegführen ist also, wie aus dieser Gegenüberstellung hervorgeht, im Laufe der Zeit sehr wesentlich kostspieliger geworden.

Einen weiteren Vergleichsstab für den Riesenumfang der bisher im Weltkriege entstandenen Kriegslasten bildet das Nationalvermögen der einzelnen Staaten. Die Schätzungen des deutschen Volksvermögens (Grund und Boden, Fabrikanlagen, Häuser, Verkehrsanlagen, Bergwerke, ausländische Wertpapiere usw.) schwanken zwischen 330 und 390 Milliarden Mark. Das englische Volksvermögen wurde vor einiger Zeit mit rund 330 Milliarden angegeben und das französische wird auf 200 bis 260 Milliarden taxiert. Mit anderen Worten: der Weltkrieg hat bisher insgesamt schon Kosten verschlungen, die an die Höhe des Volksvermögens Deutschlands und an dasjenige des englischen Mutterlandes ziemlich nahe herankommen und das französische bereits recht wesentlich übersteigen. Dabei ist der Krieg noch nicht zu Ende, der Kampf geht weiter. Bis zu welcher schwindelnden Höhe werden die Kosten des Weltkrieges schließlich noch ansteigen? Ein menschliches Gehirn vermag es einstweilen nicht annähernd vorauszuahnen.

Ferdinand Freitag in der „Frankf. Ztg."

Ein Däne über deutsche Kulturarbeit.

Bilder aus dem besetzten Rußland.

Vorbemerkung: Die folgenden Zeilen stammen aus der Feder des dänischen Schriftstellers **Valdemar Galster** und sind in der Kopenhagener Zeitung „**Nationaltidende**", die grundsätzlich mit der Entente sympathisiert, veröffentlicht worden. Die Anerkennung der riesenhaften deutschen Kulturarbeit im besetzten Kriegsgebiet wiegt unter diesen Umständen um so schwerer. Der ganze Artikel beweist außerdem, daß in Dänemark eine ruhigere Betrachtung der Sachlage Platz zu greifen beginnt.

Der Uebersetzer.

Vor dem Kurhaus in Libau haben die Deutschen zur Erinnerung an die Eroberung Libaus ein Denkmal aus Bronze und Granit errichtet. Es ist sehr groß und redet eine deutliche Sprache, die von einer Reihe von anderen Denkmälern zwischen Ostsee und polnischer Grenze bestätigt wird. Man errichtet derartige Steinsäulen ja nicht, damit sie am Tage nachher niedergerissen werden. Also, die Meinung ist unverkennbar. Hier sind wir und hier bleiben wir.

Es gibt andere Denkmale, die bestimmt dauern werden und die von der glänzenden Organisationsfähigkeit und der ungeheuren Arbeitskraft der Deutschen im Weltkriege erzählen werden — zum Beispiel das von den Deutschen in den besetzten Provinzen angelegte Eisenbahnnetz. Ich selbst habe einmal vor Zeiten die Strecke Memel—Libau auf einem fürchterlichen Umweg gemacht. Nun führt der Weg unterhalb Memels ungefähr direkt nach Libau. Tajohren-Trekoln heißt die neue Eisenbahnlinie, die einen leeren Eisenbahnraum ausgefüllt hat, und Schaulen, die tote Stadt, ist ein Knotenpunkt neuer Schienenwege geworden. Dazu wird an neuen Anlagen gearbeitet.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Deutschen diese Arbeit um ihrer selbst willen ausgeführt haben, aber der Wert der Arbeit wird dadurch ja nicht geringer. Hinter dem kämpfenden Heer sollte ein Land der Ordnung und Ruhe geschaffen werden, ein Land mit guten Verbindungen, ein Land ohne epidemische Krankheiten, mit einer Bevölkerung, die sich unter allen Umständen in die neuen Verhältnisse hineinfinden konnte. Schließlich sollte das Land natürlich auch (und das mag nicht der geringste Grund gewesen sein) dem Eroberer so viel Nutzen bringen wie nur möglich. Der Leser wird aus den folgenden Linien selber beurteilen können, ob die Absicht erreicht oder nicht erreicht ist.

Als die Deutschen in das Land eindrangen, war es von ansteckenden Krankheiten befleckt. Cholera, Typhus und Pocken waren an der Tagesordnung und die Deutschen gingen in ihrem Kampf gegen diese Krankheiten überaus systematisch und energisch zu Werke. Beispielsweise wurden überall, wo es nötig war, Kloaken und neue Wasserleitungen angelegt, obwohl man dafür Millionen und aber Millionen ausgeben mußte. Die riesigen Ausgaben werden niemanden in Erstaunen setzen, wenn man erfährt, daß beispielsweise Lodz, eine Stadt von über 600 000 Einwohnern, weder eine Wasserleitung noch Kloaken hatte. Zugleich hat man den Einwohnern den Begriff Reinlichkeit beigebracht, was vermutlich das Allerschwerste war. Die ganz unbemittelte Bevölkerung von der Ostsee bis Warschau ist gezwungen worden, sich alle 14 Tage in öffentlichen Anstalten gründlich zu waschen. Und das ging keineswegs ohne einen außerordentlich erbitterten Widerstand ab.

Der Kampf gegen den Schmutz fällt mit dem Kampf gegen die Läuse zusammen, gegen die Flecktyphusläuse, die in gefährlicher Weise die Krankheit übertragen und seit unvordenklichen Zeiten in diesen Gegenden ein freies, unbehelligtes Leben geführt haben. Die Deutschen errichteten rings im ganzen Lande eine Unzahl von Entlausungsanstalten. Ich habe Dutzende von ihnen gesehen, darunter eine, die in ganz wenig Stunden 30 000 Menschen entlausen konnte. Die umherstreifenden Bettlerscharen, die in ihren schmutzigen Lumpen den Ansteckungsstoff von Dorf zu Dorf schleppten, wurden eingefangen und gereinigt und niemand, gleichviel ob Zivil oder Militär, kann nunmehr die deutsche Grenze überschreiten, ohne seinen Entlausungsschein in Ordnung zu haben. Der Schein ist genau so wichtig, wie der Paß.

Die wilden Hunde, die die Tollwut überall hin verbreiteten, wurden niedergeschlagen und die ganze Bevölkerung geimpft. Das Resultat dieser Riesenarbeit ist aber auch nicht ausgeblieben. Die Cholera ist vollständig verschwunden und die Pocken- und Typhusfälle sind auf eine ganz minimale Zahl zusammengeschrumpft — auf eine Zahl, die in dieser Bescheidenheit sicherlich nie ein Mensch in diesen Gegenden erlebt hat.

Außerdem sind Dutzende von Krankenhäusern und Polikliniken errichtet, deren gute Wirkungen man in vielen Gegenden spürt. Mag das nun auch alles zum Vorteil des Heeres geschehen sein, die Bevölkerung nimmt doch an dem Segen teil.

Auch der Schulen haben sich die Deutschen angenommen. Sie haben an verschiedenen Orten Lehrerseminare errichtet und die von ihnen geleiteten Volksschulen haben gegenwärtig trotz der Bevölkerungsabnahme mehr Schüler, als vor dem Kriege Kinder da waren, die unterrichtet sein wollten. Die deutschen Schulen kämpfen für das Recht der Muttersprache. Der ganze Unterricht wird in der Sprache der Kinder erteilt.

Apropos, die Sprache; es wird in dieser Gegend deutsch, lettisch, polnisch, litauisch, russisch und jüdisch gesprochen — und die Deutschen geben in allen diesen Sprachen Zeitungen heraus. Das kann man deutsche Gründlichkeit nennen. Aus Rücksicht auf die Zensoren und mit ihrer Hilfe gibt man augenblicklich ein Lexikon heraus, das alle fünf Sprachen umfaßt.

Um der Bevölkerung das tägliche Brot zu verschaffen, hat man die Arbeit organisiert, wo es sich machen ließ. Die Industrie ließ sich natürlich im großen und ganzen nicht so schnell wieder in Gang bringen, und die meisten von den zahlreichen Fabriken, die ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, stehen im Dienst des Heeres. Man hat dafür aber das Handwerk liebevoll gepflegt, das nationale Handwerk, besonders in Litauen und Polen. In Wilna habe ich eine Ausstellung von Arbeiten gesehen, die sich zu denen älterer Zeiten verhielt, wie die moderne Heidekultur in Dänemark zur altmodischen. Am meisten sind die Männer indessen durch Arbeit an den neu angelegten Wegen und Feldbahnen beschäftigt worden. In den besetzten Teilen von Rußland und Litauen sind 2—300 Kilometer neue Eisenbahnen und viel hundert Kilometer neue Wege angelegt worden. Die meisten Sägewerke hat man auch in Gang gebracht und in den Wäldern Kurlands und Litauens ist das Holz gewachsen, das von den Deutschen in den Schützengräben der Sommeschlacht und für die Brücken über die Donau gebraucht worden ist. In Libau hat man eine große Eisengießerei und Maschinenwerkstätte in Gang gebracht. Hier werden die gesprengten Brücken umgegossen und werden in neuer Gestalt an ihre ursprünglichen Flüsse zurückgeschickt. Hier werden Kilometer von Stacheldraht fabriziert und die „größte Schlachterei

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

82. Fortsetzung.

„Und dennoch, Pulcheria Alexandrowna," schrie Luschin rasend, „habt Ihr mich durch das gegebene Wort mit Euch verbunden, von welchem Ihr Euch jetzt lossagt — dann — dann — ich bin verführt worden, sozusagen — und habe Auslagen gehabt!"

Diese letzteren Aeußerungen entsprachen so sehr dem Charakter Peter Petrowitschs, daß Raskolnikow, bleich vor Wut und von der Anstrengung, sich zu beherrschen, endlich nicht mehr an sich zu halten vermochte und in lautes Gelächter ausbrach! Pulcheria Alexandrowna hatte ihre Fassung vollständig verloren.

„Ihr habt Auslagen gehabt? Wofür denn Auslagen? Sprecht Ihr von unserem Koffer? Den hat Euch ja der Beamte unentgeltlich befördert! Und wir sollen ihn verführt haben! Erinnert Euch nur, Peter Petrowitsch, daß Ihr uns an Händen und Füßen gefesselt habt, nicht wir Euch!"

„Genug, Mamintka, genug nun!" bat Dodotja Romanowna. „Peter Petrowitsch, habt die Güte, uns zu verlassen!"

„Ich werde gehen, nur noch ein letztes Wort!" antwortete dieser, fast unfähig, sich noch zu beherrschen. „Eure Mama hat, scheint es, vollständig vergessen, daß ich Euch erst nach jenem bekannten Stadtgespräch näher getreten bin, welches in der ganzen Umgegend bezüglich Eures Rufes umlief. Ich verachtete für Euch die öffentliche Meinung und stellte Euren Ruf wieder her, und gewiß durfte ich somit sehr auf eine Vergeltung, sogar auf Eure Dankbarkeit hoffen. Jetzt erst öffnet Ihr mir die Augen! Und ich sehe selbst, daß ich sicherlich recht voreilig gehandelt habe, die Stimme der Gesellschaft zu ignorieren!"

„Und der wollte heiraten!" rief Rasumichin, von seinem Stuhl emporspringend und bereit, sich auf jenen zu stürzen.

„Ihr seid ein niedriger und böser Mensch!" sagte Dunja.

„Kein Wort mehr! Keine Gebärde!" rief Raskolnikow, Rasumichin zurückhaltend, und fuhr fort, Luschin fast unter die Augen tretend:

„Wollt Ihr jetzt gehen!" seine Worte klangen gedämpft und entschieden, „kein Wort mehr, oder —"

Peter Petrowitsch blickte ihn einige Sekunden an, mit bleichen und wutverzerrten Zügen, drehte sich darauf um und ging. Sicherlich hatte wohl noch nie ein Sterblicher einen solchen Haß auf einen Mitmenschen im Herzen mit sich genommen, wie dieser Mann gegen Raskolnikow. Diesen allein machte er für alles verantwortlich.

Gleichwohl sagte er sich bereits beim Hinuntersteigen auf der Treppe, daß noch nicht alles verloren sei und er, was die Damen für sich allein anbetraf, schon wieder in das rechte Geleis kommen wollte.

3.

Das Schwergewicht lag auf dem Umstande, daß er bis zur letzten Minute nicht im entferntesten an einen solchen Ausgang der Dinge gedacht hatte. Er hatte sich in die Brust geworfen zu seinem letzten Schachzug, ohne die Möglichkeit zu vermuten, daß zwei arme und schutzlose Frauen sich seiner Macht entziehen könnten. Zu dieser Ueberzeugung hatte besonders seine Eitelkeit und ein Grad von Selbstbewußtsein beigetragen, die man am richtigsten lediglich Eigenliebe nennen mußte.

Peter Petrowitsch, aus kleinlichen Verhältnissen hervorgegangen, von einer krankhaften Einbildung beseelt, schätzte seinen Verstand wie seine Fähigkeiten außerordentlich hoch, und bisweilen, in der Einsamkeit, liebäugelte er mit sich im Spiegel. Mehr aber als alles in der Welt liebte er sein durch Arbeit und alle möglichen anderen Mittel erworbenes Vermögen; dieses stellte ihn allem gleich, was sonst höher war als er.

Indem er Dunja daran erinnerte, daß er es über sich gewonnen habe, sie zu erwählen, ungeachtet der schlechten Gerüchte, die über sie umgingen, sprach Peter Petrowitsch ganz aufrichtig, und er fühlte sogar in sich einen tiefen Unwillen über einen solchen „Zug von Undankbarkeit". Als er damals um Dunja freite, war er schon völlig überzeugt von der Nichtigkeit aller jener Verleumdungen, welche im ganzen Volke von Martha Petrowna zurückgenommen worden waren und jetzt im Städtchen Dunja nur in wärmster Weise rechtfertigten. Er verhehlte sich selbst nicht, daß er dies bereits damals wußte. Aber nichtsdestoweniger erachtete er seinen Entschluß, Dunja zu sich zu erheben, außerordentlich hoch; er hielt ihn sogar für eine Heldentat. Als er sich Raskolnikow vorstellte, war er zu diesem im Gefühl eines Wohltäters gekommen, welcher im Begriff ist, die Früchte zu ernten und die schmeichelhaftesten Bezrüßungen entgegenzunehmen. Selbst jetzt noch, als er die Treppe hinabstieg, hielt er sich im höchsten Grade für beleidigt und verkannt.

Dunja war ihm fast unentbehrlich; von ihr zu lassen, erschien ihm undenkbar. Bereits seit langem, schon mehrere Jahre, hatte er mit einem gewissen Vergnügen an eine Heirat gedacht, aber immer nur Geld auf Geld gesammelt und zugewartet. In trunkenen Momenten träumte er im tiefsten Innern von einer wohlgesitteten aber armen Jungfrau — arm mußte sie sein — die noch sehr jung, sehr hübsch, wohlanständig und gebildet sein sollte, schüchtern und schon vielfach im Elend geprüft, die sich demütig vor ihm erniedrigte, eine solche, die ihr ganzes Leben hindurch ihn für ihre Vorsehung hielt, die ihn segnete, ehrte, bewunderte, aber ihn nur, ihn allein! Wie viele Szenen und süße Bilder dachte er sich aus beim Nachhängen über diesen schmeichelnden, tändelnden Gedanken, wenn er von seiner Berufstätigkeit in der Stille ausruhte. Und so hatte sich denn endlich dieser Gedanke nach so vielen Jahren verwirklicht; die Schönheit und Bildung Dodotjas hatten ihn gefesselt; ihre hilflose Lage zog ihn unwiderstehlich an. Hier sahen ihm wohl noch mehr zu erklühen, als wovon er geträumt hatte; es zeigte sich ihm ein stolzes Mädchen von Charakter, Tugend und an Bildung höher stehend als er selbst — er fühlte es — und solch' ein Wesen in knechtischer Dankbarkeit das ganze Leben hindurch ihm dankbar für seine Heldentat, sich erniedrigend vor ihm, der es uneingeschränkt beherrschen durfte! Erst unlängst, nach langem Ueberlegen und Warten, hatte er sich doch entschlossen, seine Karriere zu ändern, in einen größeren Wirkungskreis einzutreten und damit zugleich nach und nach auch Eintritt in die höhere Gesellschaft zu gewinnen, von welcher er so viel schon im Entzücken geträumt hatte. Er hatte sich, mit einem Worte, entschlossen, Petersburg zu versuchen!

Wohl wußte er, daß man mit den Frauen sehr, sehr viel erreichen kann. Der Zauber eines reizenden, tugendhaften und gebildeten Weibes konnte seinen Weg wunderbar verschönen, auf ihn aufmerksam machen, eine Aureole um ihn weben — und nun war alles dieses vorüber! — Dieser unvermutete, ungefüge Bruch wirkte auf ihn wie ein Donnerschlag. Das konnte doch nur ein tappischer Scherz, ein tückisches Mißgeschick sein! Er faßte wieder ein wenig Mut und gewann es selbst über sich, darin Trost zu finden, daß er nur gescherzt hatte, hingerissen worden sei und daß alles deshalb so ernst geendet habe! Er liebte übrigens Dunja nach seiner Weise, er herrschte in Gedanken über sie und da — plötzlich — Nein! Morgen muß alles wieder in das alte Geleis gebracht, wieder gutgemacht, ausgesöhnt werden — und vor allem gilt es, jenen hochfahrenden Milchbart zu demütigen, welcher an allem schuld war. Mit fieberhafter Empfindlichkeit dachte er auch an Rasumichin, gleichsam unwillkürlich, aber von dieser Seite war er bald beruhigt: „Man kann ihn mit jenem in eine Reihe stellen!" dachte er; wer ihm aber die meiste Besorgnis einflößte, — das war Swidrigailow. So erfüllte ihn eine Reihe von Befürchtungen — — —

„Nein, ich bin mehr schuld als alle", sagte Dunja, die Mutter umarmend und küssend, „ich habe mich von seinem Geld verblenden lassen, aber ich schwöre es, mein Bruder, ich habe nicht geahnt, daß er ein solch unwürdiger Mensch sei. Hätte ich ihn früher durchschaut, ich hätte mich nimmermehr verleiten lassen. Schuldige mich nicht an!"

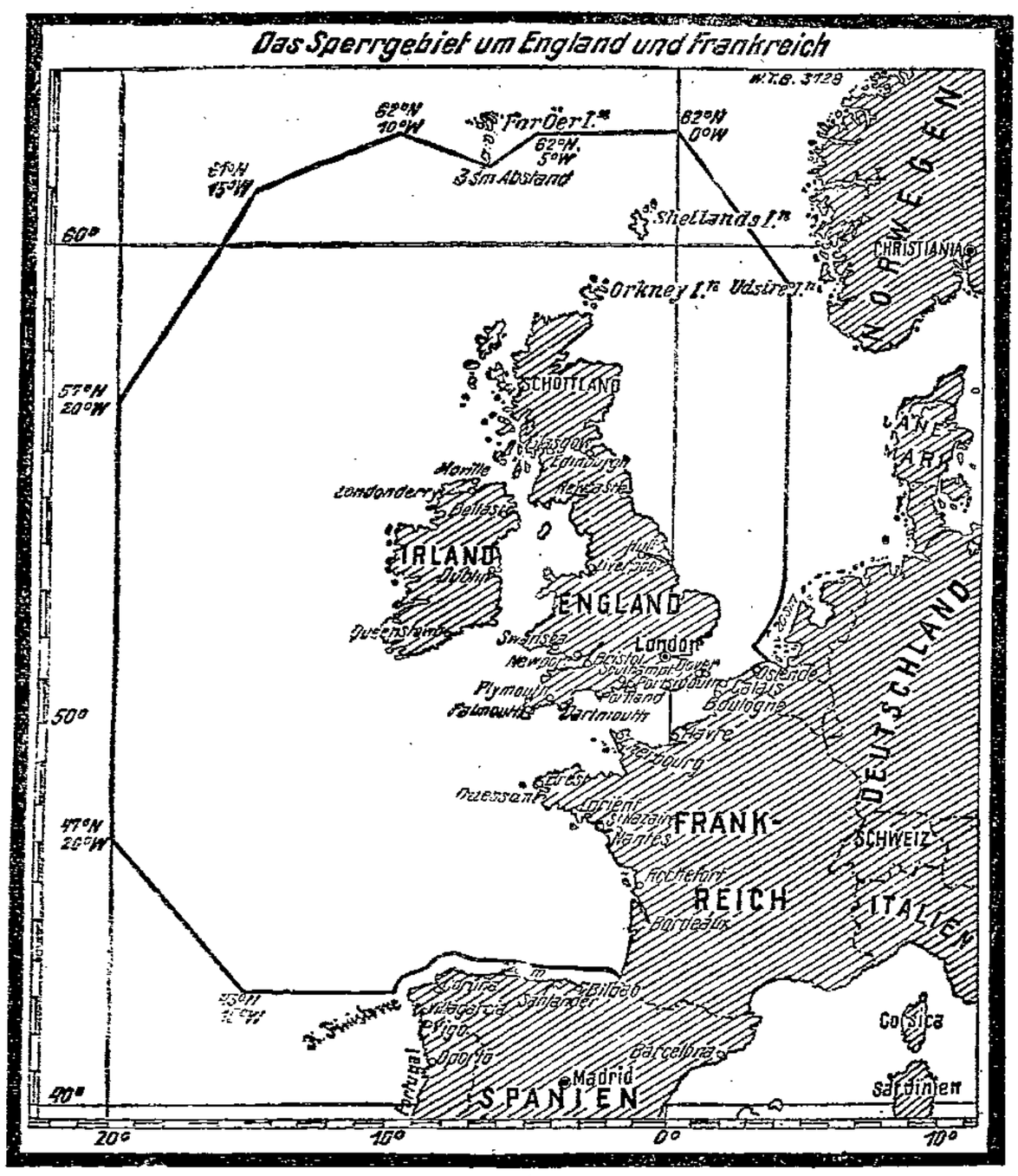
„Gott hat uns erlöst, Gott!" murmelte Pulcheria Alexandrowna, etwas obenhin, gleich als messe sie dem, was sich soeben ereignete, nichtallzuviel Bedeutung bei.

(Fortsetzung folgt.)

Europas", die Schlachterei der englischen Firma Seligman, ist nun wieder in vollem Betriebe, geleitet von preußischen Offizieren. Sie liefert Fleisch ans Heer, macht Würste und Seife und verwandelt — eine deutsche Erfindung — den Blinddarm in einen Ueberzugsstoff für Zeppeline. Die beiden Fabriken beschäftigen mehrere tausend Zivilarbeiter. Hier, wie an anderen Orten, schafft man erst so viel Arbeit wie nur irgend möglich und dann richtet man Volksküchen und Massenspeisungen ein. Schließlich hat man denen die Wege geebnet, die nach Amerika auszuwandern wünschten.

Natürlich mußten die Deutschen, als sie die Verwaltung des besetzten Gebietes übernahmen, auch eine Rechtspflege durchführen. Diese kolossale Arbeit wurde mit Hilfe von militärisch eingezogenen Juristen ausgeführt. Das besetzte Gebiet steht im Gegensatz zu Belgien unter militärischer Verwaltung. Während man mit dem Zivilrecht verhältnismäßig leicht fertig wurde, da das alte kurländische Zivilrecht dem deutschen sehr verwandt ist, hatte man in bezug auf das Strafrecht große Schwierigkeiten zu überwinden. Schließlich wählte man den Ausweg, das moderne russische Strafrecht von 1903 einzuführen, das modernste und liberalste Strafrecht der Welt, wenn es wirklich in die Praxis umgesetzt wird. Die Geistlichkeit wurde auch organisiert. Das Priesterseminar in Wilna wurde wieder eröffnet und der Bischof Karevicius kehrte nach Verhandlungen mit der russischen Regierung zurück.

Durch diesen Artikel wird man, hoffe ich, einigermaßen klar die Riesenarbeit begriffen haben, der die Deutschen in dem besetzten Lande gegenüberstanden, und die sie durchgeführt haben. Ganz sicher sind auch große Anstrengungen gemacht worden, um der Not in der Bevölkerung abzuhelfen, was indessen nicht sagen soll, daß diese Not nicht existiert. Jeder weiß, daß gerade die Not in diesen Gegenden öffentlich erörtert worden ist. Die Stimmung der Bevölkerung wage ich nicht zu analysieren. Von meinem Aufenthalt vor dem Kriege habe ich die Letten als ein Volk im Gedächtnis, das in nationaler Beziehung ganz degeneriert oder ganz unentwickelt ist. Wie es sich zu der Frage deutsch oder russisch stellen wird, weiß ich nicht; nur daß das Verhältnis zwischen den deutschen Gutsbesitzern in Kurland und den lettischen Bauern nie sonderlich herzlich war, ist mir bekannt. Die Juden sind wahrscheinlich recht indifferent, sie haben es in Deutschland aber doch ohne Zweifel erheblich besser, als in Rußland. Und die Litauer endlich sind Slawen. Wie mächtig die Arbeit auch ist, die die Deutschen zum Segen der Bevölkerung ausgeführt haben, man kann nur schwer sagen, ob sie die Stimmung für sich gewonnen haben. Die Bevölkerung im großen und ganzen wird für die Bedeutung dieser Arbeit schwerlich ein rechtes Verständnis haben und viel Maßnahmen, wie vortrefflich sie auch waren, sind sicher auf Unwillen und Widerstand gestoßen. Ich erinnere mich von einer der deutschen Reinigungsanstalten eines alten Mütterchens, das gottserbärmlich weinte, als die Operation bevorstand, und sie wird schwerlich einen einzigen Fall bedeuten.



Aus der Partei.

„Nicht aktuell." Zwischen der Spartacuspartei und der Partei der Arbeitsgemeinschaft bestehen bekanntlich sehr scharfe Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Landesverteidigung. Die Spartacuspartei ist darin vollständig konsequent, sie verwirft die Landesverteidigung und ist darum auch Gegnerin der Kreditbewilligung. Die Partei der Arbeitsgemeinschaft erklärt sich prinzipiell, theoretisch und akademisch für die Landesverteidigung, lehnt aber in jeder nicht erzwungenen praktischen Teilnahme an der Landesverteidigung einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen. Den Widerspruch dieser Auffassung legt sehr hübsch der Braunschweiger „Volksfreund", ein Spartacusblatt, dar, indem er schreibt:

. . . Solange Sozialdemokraten auch nur Verteidigungskriege gutheißen, müssen sie auch die Mittel zu solchen Kriegen bewilligen, denn ohne gerüstet zu sein, läßt sich kein Verteidigungskrieg führen."

Der „Bergischen Arbeiterstimme", einem Blatte der Arbeitsgemeinschaft, ist es aber sehr unangenehm, diesen heiklen Punkt in das scharfe Licht grundsätzlicher Betrachtung gerückt zu sehen, sie bestreitet, abzublenden, indem sie schreibt:

Das A und O bei der äußersten Linken (d. h. Spartacusleute. Red. d. „L. V."), der Prüfstein sozialistischer Gesinnung, ist ihnen die Stellung zur Landesverteidigung. Die Frage ist ungeheuer wichtig und keineswegs einfach, aber sie ist jetzt nicht aktuell. Das scheint paradox zu sein, ist es aber nicht, denn wir haben jetzt dreißig Monate Krieg, unsere Stellung dazu ist gegeben; was geschehen ist, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Dazu bemerkt der „Vorwärts": Die Entdeckung, daß auf dem Hintergrund des größten aller Kriege die Frage der Landesverteidigung nicht aktuell ist, entbehrt nicht eines gewissen Reizes. Aber sonst alles in der Welt! — warum hat denn die Arbeitsgemeinschaft die Parteieinheit zertrümmert, wenn die Frage der Landesverteidigung „nicht aktuell" ist?

Wie es den Sozialisten Rumäniens ergeht. Rumänische Delegierte verschiedener Parteien, mit denen Genosse Dr. Kötter Unterredungen hatte, schildern die Herrschaft, unter der dieses Land in den drei Kriegsmonaten lebte, als drückenden Terror. Es herrschte Spionenfurcht und Denunziantentum. Am meisten hat die Presse, aber führende Arbeiterparteien Rumäniens zu leiden gehabt. Sie hat vom Anfang an dem Kampf gegen die Kriegshetze der erstarkten bellicistischen Blätter energisch gestritten. Sofort nach Kriegsausbruch wurde ihre Zeitung „Lupta" verboten. Keine Versammlung durfte abgehalten werden. Ihr Führer wurde ohne bestimmten Anlaß in Haft genommen. Als sich seine Genossen um Gesuch um seine Freilassung an den Minister des Innern richteten, wurden sie mit Gefängnis nach Bukarest transportiert. Auch sie sind in Haft geblieben. Ein schlimmes Schicksal erlitt der Genosse Dr. Racovski. Schon als nach der Schlacht bei Kronstadt unser Einmarsch drohte, traf man Fürsorge, ihn in die Moldau abzutransportieren. Als sich unsere Heere Bukarest näherten, wurde er aus der Haft auf die Bahn geschleppt und sitzt heute noch in Vaslui bei Jassy gefangen.

Aus Nah und Fern.

Fleischvergiftung sind nach dem Genusse von Roßfleisch 21 Personen in Frankfurt a. d. O. erkrankt.

Einschneidende Heizungsbeschränkungen. Aus Chemnitz wird geschrieben: Eine einschneidende Verordnung über Einschränkung der Heizung hat der Rat der Stadt Chemnitz erlassen. Es wird darin bestimmt: In den Gebäuden mit Zentralheizung dürfen nur die Hälfte der Heizkörper bezw. der Heizkörperglieder der Wohnräume benutzt werden. Die Warmwasserversorgungsanlagen dürfen nur an zwei Tagen der Woche in Betrieb genommen, und bei Zentralkesselanlagen darf nur die Hälfte der Kessel geheizt werden. In Räumen, in denen die Gefahr des Einfrierens der Rohrleitungen vorliegt, darf der Achsellbahn für einen kleinsten Wärmedurchgang geöffnet werden. Die Treppenräume, Vorräume und Vorsäle die nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, dürfen nicht mehr geheizt werden. Die Vorschrift gilt nicht für öffentliche und und gewerbliche Gebäude indessen sollen auch hier möglichst viel Zimmer unbeheizt bleiben. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 0 Mk. bestraft. — Aus Mainz wird gemeldet: Die Stadtverwaltung Mainz beschloß, um Kohlen zu sparen, eine zehntägige Schließung sämtlicher Schulen, Theater und Museen. — Weiter wird aus München gemeldet: Das stellvertretende Generalkommando in München hat zur Steuerung der Kohlennot in München vom 2. Februar ab die Schließung sämtlicher Schulen, abgesehen von solchen für Suppenküchen und Kinderhorte, der sämtlichen staatlichen Sammlungen, aller Theater, Lichtspielhäuser Konzerte und Versammlungssäle verfügt. In allen Gasthäusen, Vereinen und Gesellschaften darf nur ein Hausraum für die Gäste geöffnet werden. Die Polizeistunde wird durchgängig auf 10 Uhr festgesetzt. Die für den Gebrauch der Theater usw. bestimmten Brennstoffvorräte werden zugunsten des Kommunalverbandes München beschlagnahmt, auf dessen Antrag auch Vorräte von Gasthäusern den gleichen Maßnahmen unterliegen können. Die Anordnungen bleiben für die Dauer der Kohlenknappheit in Kraft.

Zum Schutze kinderreicher Familien. Der Magistrat der Stadt Ragnit teilt mit, daß er die Namen der Hauswirte öffentlich bekannt geben wird, die an kinderreiche Familien keine Wohnungen vermieten. Auch sollen diese Hausagrarier von der Stadt keine Lebensmittel erhalten.

Starke Abwanderung vom Lande. Der Bischof von Ermland in Ostpreußen sieht sich veranlaßt, in einer Verordnung sich gegen die Abwanderung zahlreicher Mädchen und Frauen vom Lande nach den Städten zu wenden. Die Geistlichen werden ersucht, von der Kanzel, in Vereinen und Familien dahin aufklärend zu wirken, daß Landarbeit vaterländischer Hilfsdienst sei, und daß es daher vornehmste Pflicht der Mädchen und Frauen sei, auf dem Lande zu arbeiten. — Die Landflucht ist eine Folge der schlechten Bezahlung der Arbeitskräfte auf dem Lande. Hiergegen wendet sich der Bischof jedoch nicht.

Starke Kälte im Norden. In Schweden und Norwegen herrscht seit einiger Zeit eine sehr starke Kälte, die in einzelnen Gegenden auf 44 Grad Celsius steigt. Aus Drammen (Norwegen) wurden 42 Grad gemeldet, in Kristiania waren es 20 und in der Gegend von Stockholm 30 Grad Kälte.

Volkszählung im besetzten Bukarest. Am 6. Januar ds. Js. wurde die vom Generalgouvernement angeordnete Volkszählung zum Abschluß gebracht. Danach soll Bukarest gegenwärtig 398 987 Einwohner zählen, wovon 119 958 Männer und 189 029 Frauen sind. Vor dem Kriege zählte Bukarest ungefähr 700 000 Einwohner.

Weitere Explosionen in der Meißner Munitionsfabrik. Die französischen Behörden gestehen nunmehr ein, daß die Explosion der Meißner Munitionsfabrik weit mehr Todesopfer gefordert hat, als anfangs festgestellt wurde. Der Schaden, den die benachbarten Ortschaften durch die Gewalt der Explosion erlitten haben, wird laut einer Meldung des „Matin" vorläufig auf zwei Millionen Franken beziffert. Der Notstand der in halbzertrümmerten Häusern bei furchtbarer Kälte hausenden Familien ist erschütternd. Am Mittwoch fanden an der Unglücksstelle weitere Explosionen der dort aufgestapelten Munitionsvorräte statt.

Die Wolfsplage in Bosnien. Nach Meldungen aus Bihac sind in der letzten Zeit in diesem Bezirk Wölfe in größerer Zahl aufgetreten. Die Raubtiere sind aus den Vorgebirgen, auf deren Höhen viel Schnee liegt, in die Niederungen gekommen. Die Wölfe fügen den Schafherden großen Schaden zu.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Ernährungsausschuss.
Verkauf in der Markthalle heute u. folgende Tage:
Aepfel Pfd. **65** Pfg.
Verkauf an jedermann. (7226

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Karl Otto Albers Leinstraße 4. 10.
Rote Lübeck-Marken.

Geräucherte, Bonin, Barter, Zucks, Alis u.
Bierte- u. Kochbarse
kauft zu den höchsten Tagespreisen (7229
D. Wagner, Kolstenstr. 8.

Ein Sonn- Heilbriefel, Gr. 41 zu verk. Schwartzstr. 70 L. (7234

Das Grundübel.
Separatdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.
Von A. Gerisch.
— Preis 15 Pfg. —
Zu haben:
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Nachdem durch die jetzt gültigen Brotkarten der Beginn der Brotwoche auf den Sonntag verlegt ist, sehen wir uns genötigt, im Interesse unserer Mitglieder unsere sämtlichen im Lübecker Staatsgebiet befindlichen Warenabgabestellen
zur Abgabe von Brot
auch des
Sonntags während der Zeit von 11 bis 1 Uhr
offen zu halten.
(7231 **Der Vorstand.**

Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer
Johannisstraße 46.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64. (7228
Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Visitenkarten
liefert schnellstens
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Hansa-Theater. (7230
Täglich abends 7½ Uhr:
Autoliebchen
Operettenposse. Mus. J. Gilbert.

Stadttheater. (7232
Freitag, den 2. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Die Jüdin.
Oper von Halevy.
Sonnabend, d. 3. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Gastspiel des Hamburger Schauspielhauses:
Adam, Eva u. die Schlange.
Komödie von Paul Ewer.
Sonntag, den 4. Februar:
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 50 Pfg.
Volksvorstellung
Kabale u. Liebe.
Von Friedrich von Schiller.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 8½ b. 9½ Uhr an der Theaterkasse.
Abends 7½ Uhr:
Figaros Hochzeit.
Oper von Mozart.